

Radio Verte Fessenheim:

"WAS WIR WOLLEN"

NACHRICHTEN ÜSSEM DREYECKLAND UN ÜSSEM RESCHT VU DR WELT



DER LANDRAT
DES LANDKREISES BREISGAU-HOCHSCHWARZWALD

7800 Freiburg i.Br., den 19. September 1977

Liebe Mitbürgerinnen
Liebe Mitbürger

Die Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Fessenheim ist von Ihnen mit Sorge zur Kenntnis genommen worden. Am 17. September 1977 hat der Landtag des Landkreises Breisgau-Hochschwarzwald eine Resolution angenommen, die die Regierung zum Handeln verpflichtet hat. Sie hat dabei appelliert, die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten und die Auswirkungen der Kernenergie auf diese Initiative zu untersuchen. Der Bundesminister des Innern, Herr Professor Dr. ... hat unter anderem: "Es konnte festgestellt werden, daß die Bevölkerung der Schutz der Bevölkerung durch vorbeugende Schutzmaßnahmen, die das Auftreten schwerer Störfälle auszuschließen. Die Resonanz ..."

FESSENHEIM

- RECYCLING ● WAA LA HAGUE ● GORLEBEN
- FREIBURGER FRIEDENSWOCHEN ● STROMZAH-
- LUNGSBOYKOTT ● FÜNF JAHRE WYHL
- FRAU UND MILITARISMUS ● PFINGSTEN 80

Inhalt

RVF zu Fessenheim ...	4
RVF in Basel.....	6
Intern. Koordination....	8
La Hague.....	9
Gorleben.....	10
Wyhl	13
Der Krönungszug.....	15
Freiburger Friedens- woche	17
Frauen und Militär... ..	18
Der Deserteur (Lied)... ..	20
Atom Müll, wohin?.....	21
Basel ohne Atomstrom..	24
Anti-Partei "Grüne"... ..	24

Impressum

WAS WIR WOLLEN entstand 1974/75 im erfolgreichen Kampf der bairischen und elsässischen Bürger gegen ein geplantes Bleichemiewerk in Marckolsheim und das immer noch geplante AKW Wyhl.

Seitdem erscheint WAS WIR WOLLEN kontinuierlich, zur Zeit so oft wir können, d.h. unregelmäßig.

Das Jahresabo kostet (incl. Porto und event. Sonernummern) DM 30.-

UNSERE ADRESSE:

Informationsbüro für Umweltschutz
- WAS WIR WOLLEN -
Habsburgersstr. 9
78 Freiburg

Reaktionsstermin (öffentlich):
jeden Dienstag 17 h

V.i.S.d.P.: Lothar Stärk
Kenzingen

KONTO: Postscheckkonto Lothar
Stärk
Postscheckamt Karlsruhe
Nr. 1696 28 750

LÜGEN GESTRAFT

wurden durch die Ereignisse in den letzten Wochen die offiziellen Verlautbarungen, die Befürchtungen ob der Gefahr von Fessenheim beschwichtigen sollten. Wir dokumentieren hier noch einmal den Brief des Landrats an die "lieben Mitbürgerinnen und Mitbürger":

78 Freiburg i.Br., den 19. September 1977

Die Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Fessenheim ist von Ihnen mit Sorge zur Kenntnis genommen worden. Der Kreistag des Landkreises Breisgau-Hochschwarzwald hat ihre Befürchtungen aufgegriffen und sich durch eine Resolution an die verantwortlichen Politiker in Bund und Land gewandt. Er hat dabei appelliert, alles zu tun, um die Sicherheit der Bevölkerung zu garantieren und mögliche Schadensfälle von vornherein durch ein hohes Maß von Sicherheitsvorkehrungen und -auflagen auszuschließen. Die Resonanz auf diese Initiative war erfreulich groß. Der Bundesminister des Innern, Herr Professor Maihofer, schreibt unter anderem: "Es konnte festgestellt werden, daß bei beiden Anlagen (Fessenheim und Neckarwestheim) der Schutz der Bevölkerung vor Gefahren gewährleistet ist - einerseits durch vorbeugende Schutzmaßnahmen, die das Auftreten schwerer Störfälle unwahrscheinlich machen, andererseits durch zuverlässige Sicherheits- und Schutzsysteme." Im gleichen Sinne hat sich auch der Wirtschaftsminister unseres Landes, Herr Dr. Eberle geäußert. Er schreibt: "Ein in längerjähriger, sorgfältiger Arbeit durchgeführter sicherheitstechnischer Vergleich zwischen den Kernkraftwerken Fessenheim und Neckarwestheim hat ergeben, daß die Anlage in Fessenheim in ihren sicherheitstechnischen Auslegungen mit denen einer deutschen Anlage vergleichbar ist. Deutsche Sachverständige haben festgestellt, daß der Zustand der Anlage einen sicheren Betrieb und eine ausreichende Beherrschung von Störfällen erwarten läßt." Alle anderen eingegangenen Antworten enthalten sinngemäß gleiche Aussagen. Danach besteht also kein Anlaß zur Beunruhigung oder zu Befürchtungen. Für den Fall daß trotz aller Zuversicht und wider Erwarten ein Störfall auftritt, hat neben dem zuständigen Regierungspräsidium der Landkreis vorsorglich eine umfassende Katastrophen-Abwehrplanung erarbeitet. Unsere Sicherplanungen bestehen aus einer Reihe von Maßnahmekatalogen, die den Katastrophen-Abwehrdiensten Rettungs- und Bergungsaufträge zuweisen. Um Ihnen darüber hinaus für Ihren persönlichen Schutz Informationen und Hinweise zu geben, übersende ich Ihnen ein kurzes zusammengefaßtes Merkblatt, aus dem Sie entnehmen können, wie Sie sich im Ernstfall verhalten sollen. Wenn Sie unsere Hinweise beachten, haben Sie schon viel für Ihren Schutz getan.

Ihr Dr. Schill

Fessenheim = Unfall = Störfall = Normalfall

20. März: Schon mittags hörten wir es im Radio, das AKW Fessenheim wurde wieder abgeschaltet, neuer Störfall, diesmal ein undichter Absperrhahn im Primärkreislauf. 700 Liter radioaktives Wasser waren ausgelaufen, nicht viel, war zu hören, kein Radioaktivität, im Primärkreislauf!

Das Regierungspräsidium wurde kurz nach der Abschaltung von der neuen Panne informiert. Die Präfektur in Colmar hat also unsere Proteste diesmal ernst ge-

nommen.

Eine Woche vorher war es zum letzten Skandal gekommen, als für jedermann sichtbar ein Unfall im AKW zu ungeheuren Dampfabgaben führte und eine Erklärung ausblieb. Das Regierungspräsidium wußte von nichts. Erst ein Anruf beim französischen Konsulat bestätigte, daß es sich um einen "Störfall" handele, ganz harmlos, nur ein Defekt im Sekundärkreislauf!

„Keine radioaktiven Strahlen“

Dampfwolke über KKW Fessenheim

Deutsche Stellen zu spät informiert

Von Karl-Otto Sattler

Freiburg. Wie schon bei einer Panne vor einigen Wochen wurde das südbadische Regierungspräsidium am Donnerstag nicht rechtzeitig und vereinbarungsgemäß über einen Defekt im Kernkraftwerk Fessenheim informiert. Aus dem Sekundärkreislauf eines Reaktors war eine Dampfwolke ausgetreten, wobei nach Auskunft der Behörden jedoch keine Radioaktivität nach außen drang.



BZ 14.3.

EINE DAMPFWOLKE über dem Kernkraftwerk Fessenheim beunruhigte gestern die Bevölkerung. Bild: Göhr (BZ)

Genauer erfahren wir erst über die internationale Kontrollkommission:

Bereits am Mittwoch, 12.3. mußte der Reaktor um 10.45 Uhr wegen einer Störung im Dampferzeuger schnellabgeschaltet werden! Kurz danach wird der Reaktor wieder in Betrieb genommen, muß aber wieder abgeschaltet werden infolge von weiteren Störungen an 2 Ventilen am Dampferzeuger. Es kommt zwischen 12.30 und 14.30 Uhr zu mehreren Schnellabschaltungen! Was das heißt, bei einem unbekanntem Risspotential an Dampfleitungen und Stützen, diese ungeheure Materialbelastung, wie lange geht das noch gut? Trotzdem wird der Reaktor wieder angefahren. Wieder muß er abgeschaltet werden! Donnerstag morgen strömen riesige Dampfwolken aus dem Maschinenhaus, erste Leute ergreifen die Flucht, organisieren sich Jod-Tabletten, bringen ihre Kinder in Sicherheit: HARRISBURG ist nahe! Wie war das mit der Säuglingssterblichkeit danach? Bloß kein Risiko eingehen!

Aber nicht alle hatten das mitgekriegt, so direkt, erst später, übers Telefon, und das Regierungspräsidium blieb die Antwort schuldig, siehe oben.

Wir waren empört, die Spannung war ungeheuer, wie mit der Angst umgehen? Waren die Angaben glaubwürdig? Immerhin waren offiziell ca 100 t Wasser aus dem Sekundärkreislauf als Wasserdampf in die Luft abgeblasen worden. Es herrschte kaum Wind, eher Nebel stand dämpfend klaren Entscheidungen im (Flucht)-Weg. Wohl auch aus Hilflosigkeit glaubten wir lieber an die Harmlosigkeit des Sekundärkreislaufes (immerhin treten im Normalbetrieb rund 5 Liter Wasser pro Minute vom Primärkreislauf aus und werden im Sekundärkreislauf zwar verdünnt, sind aber doch drin!) und kanalisierten unsere Wut (gedämpft!) auf das Regierungspräsidium und das französische Konsulat. Wir riefen für den nächsten Tag zu einer Protest-Demo am Regierungspräsidium auf, um

von Herrn Nothelfer zu erfahren, wie er sich denn die Evakuierung der Bevölkerung aus Freiburg vorstellen würde. Aber er beschränkte sich wieder nur auf das Informationssystem zwischen Fessenheim und Freiburg, das schon wieder nicht funktioniert hatte. Nach der letzten Panne im Januar (siehe "WWW" Nr.1) waren wir schon mit einer Informations-"panne" abgespeist worden.

Aus „Versehen“ nicht gemeldet

Stuttgart (gü). Über den jüngsten Zwischenfall im elsässischen Kernkraftwerk Fessenheim ist die deutsche Seite „versehentlich“ nicht informiert worden. Dies erklärte Innenminister Guntram Palm gestern im Stuttgarter Landtag. Wie Palm auf Anfrage des SPD-Abgeordneten Jürgen Meyer weiter sagte, habe die zuständige französische Präfektur Besserung gelobt. Im übrigen sei wissenschaftlich erwiesen, daß Fessenheim „denselben Sicherheitsgrad“ habe wie das deutsche Kernkraftwerk Neckarwestheim. In der Nacht zum 29. Januar waren laut Palm (wegen eines defekten Ventils) im Reaktorblock II des Fessenheimer Kraftwerks etwa sieben Kubikmeter radioaktiven Wassers aus dem Primärkreislauf ausgetreten. Allerdings habe eine Gefahr für die Außenwelt nicht bestanden, die Sicherheitssysteme hätten funktioniert.

BZ
9.2.

Meldepflicht bei Störfall wird rechtsverbindlich

P. 3.

Freiburg/Bonn (BZ). Die Absprache zwischen französischen und deutschen Behörden, Störungen und Abschaltungen des KKW Fessenheim unverzüglich zu melden, soll durch eine bilaterale Vereinbarung rechtsverbindlich gemacht werden. Dies versicherte Bundesinnenminister Baum dem Freiburger SPD-Abgeordneten und parlamentarischen Staatssekretär Rolf Böhme, der sich nach einem Störfall Ende Januar an den Innenminister mit der Forderung gewandt hatte, die „Meldewege“ für solche Fälle zu sichern. Mit einer Unterzeichnung der Vereinbarung ist nach Auskunft aus dem Ministerium demnächst zu rechnen. Baum betonte, daß jegliche Abschaltung, also auch planmäßige, den Vereinbarungen gemäß gemeldet werden müssen. Die deutsche Seite habe den Vorfall im Januar, als bei einer zösischen Se- folgt war, be- mar habe si- kunft „lücke zugesichert.

Nach Störfall in Fessenheim

Politiker fordern Konsequenzen

Verbindliche Abmachung verlangt

Freiburg (khr/dpa). Eine völkerrechtlich verbindliche Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik und Frankreich forderte der Freiburger Regierungspräsident Norbert Nothelfer im Kernkraftwerk Fessenheim in einem Gespräch mit der Redaktion der Badischen Zeitung. (Siehe auch Landesum-schau)

Auch Ministerpräsident Lothar Späth forderte eine Beschleunigung der Bemühungen um eine staatsvertragliche Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik und Frankreich, durch die eine rasche und zuverlässige Information bundesdeutscher Behörden über jeden Störfall in dem grenznahen Atomkraftwerk sichergestellt werden soll. Ähnlich äußerte sich der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Erwin Teufel. FDP-Generalsekretär Verheugen sagte in Bonn, der jüngste Störfall sei ein schwerwiegender Beweis dafür, wie dringend notwendig eine bessere grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Fragen der Reaktorsicherheit sei. Der FDP-Politiker erinnerte gleichzeitig an die jüngsten Vorschläge seiner Partei zur Einrichtung von internationalen Sicherheitsräten für Kernkraftwerke im Grenzbe-

reich. Im Angesicht der kommenden Landtagswahlen war man sehr bemüht, der kritischen Bevölkerung zu zeigen, wie sehr sich alle Parteien um ihr Wohl besorgt fühlten. Aber es blieb auf dem Niveau der Beruhigungspillen. Keine wollte offiziell unsere Forderung nach Stilllegung vertreten.

FDP-Abgeordnete sind vor der Wahl sogar zu einer Besichtigung des AKW nach Fessenheim gefahren. Dort erfuhren sie, daß der Reaktor im Mai endlich abgeschaltet werden soll, um die vermuteten Haarrisse im Reaktorblock und den Wasserrohren zu untersuchen. Das ist aber sicher nicht auf den Druck unserer Politiker zurückzuführen, sondern auf den zähen Kampf der französischen Gewerkschafter um ihre Arbeitsbedingungen bei Leckagen im Reaktor. Erst Streiks und Reaktorbesetzungen in Trikastrin und Gravelines haben für die notwendige Öffentlichkeit gesorgt, um diese Untersuchungen auch durchzusetzen.

Ähnlich verhält es sich auch mit der elsässischen Kontrollkommission für Fessenheim. Die FDP-Abgeordneten haben vor der Wahl gefordert, daß da auch deutsche Kontrolleure (Abgeordnete) mitkontrollieren sollten. Aber so einfach ist auch die elsässische Kommission nicht entstanden, sondern vor der Inbetriebnahme des AKW 1977 haben elsässische Umweltschützer 3 Wochen in Roggenhouse gefastet, um die Notwendigkeit der Kontrolle zu beweisen. Von einem ähnlichen Engagement durch Betroffenheit habe ich in der FDP noch nie gehört. Die Frage des Präfekten Götschy nach einer Kontrollkommission für das Kern-Katastrophen-Forschungszentrum in Karlsruhe ist in diesem Zusammenhang nicht von der Hand zu weisen.

10. 3.

Freundlich-locker, eben leger, geht es zu, wenn man als Besucher das von manchen als apokalyptisches Damoklesschwert verteilte Kernkraftwerk (KKW) in Fessenheim in Augenschein nehmen will. „Wir richten uns ganz nach ihren Wünschen“, sagte der für die Führung verantwortliche pensionierte Professor beispielsweise am Samstag, als eine Gruppe von FDP-Mitgliedern und die Abgeordneten Manfred Vohrer und Klaus Rösch in der Kernkraft-Anlage weilten. Also, „ganz nach ihren Wünschen“. „Dann müssen sie das Kraftwerk abstellen“ rutschte es dem liberalen Manfred Vohrer heraus — die Gastgeber lachten.

Ins Kernkraftwerk hineinzukommen, ist gar nicht so schwierig. Personalausweis abgeben genügt. Einer aus der Gruppe hatte keinen Ausweis dabei; er überwand die Grenze und gelangte dann auch unregistriert in den Kontrollraum des KKW's.

Es dampft im KKW

Zunächst wird der Besucher dort in einem Sitzungssaal mit Informationen versorgt und kann sich dabei gleich Assoziationen auf den Sicherheitsstand nicht verkneifen, wenn es schon technische Probleme mit der Verdunkelung vor einer Filmvorführung gibt.

Sei's drum, denkt man sich; zumindest solange, bis man in das Hauptgebäude des Kraftwerks mit den Turbinen und Generatoren kommt. Aus einer kleineren Rohrleitung dampft es gleich kräftig heraus. „Das ist die Heizung, die hat von Anfang an nicht richtig funktioniert“ lautet die beruhigende Erklärung — denn, beunruhigt ist der Laie. Dampf, Radioaktivität, man kann ja nie wissen...

Doch mit der Zeit stumpft der Besucher ab. Es dampft im Fessenheimer Atommeiler (ausserhalb des Reaktorgebäudes, das man sinnvollerweise nicht betreten darf) an etlichen Stellen: Die dicken Alu-Dampflei-

tungen sind nicht überall dicht. Oder aus einer Turbine tritt Wasserstoff aus — doch tragisch wird das alles nicht genommen.

Leger, wie gesagt, geht's in Fessenheim zu. Sicher nicht vergleichbar mit deutschgründlichen Kernkraftwerken, in denen man nach Aussagen von Kennern bis auf den Bauchnabel durchgecheckt wird und, endlich im Inneren angelangt, „vom Fußboden essen kann“.

Solch peinliche Reinlichkeit läßt das Kernkraftwerk in Fessenheim vermissen, sogar im Kontrollzentrum, das bei Besichtigungen eigentlich am meisten Spannung verspricht. In deutschen Ländern darf man in solche computerisierten Schaltzentralen nur video-gefüllert hineinschauen. Aus dem Hollywood-Streifen „China Syndrom“ ist man den Blick durch dickes Panzerglas auf die jeweiligen Herren über den Reaktoren gewohnt. Und in Fessenheim?

Da marschiert man während der Besichtigung so en passant aus der großen Halle der Rohre in die kleinen Räume der Kontrolle — die Türen sperrangelweit auf und gelangweilte Bewacher von hochwertiger Technologie hautnah vor sich. Die zeigen einem dann auch noch ganz ungeniert den Knopf der Knöpfe, mit dem man auslösen könnte, was sich so viele Kernkraft-Gegner ersehen: die Abschaltung. Und auf den Schalttischen liegt Staub. Der Professor weiß, warum. Fessenheim läuft — zur Überraschung der eigenen Crew — seit drei Monaten ohne „Probleme“. Zuvor, erfährt man, waren Abschaltungen nicht selten.

Deutsche und französische Kernkraftwerke: Sie mögen in der Technik ähnlich konstruiert sein; im Betrieb unterscheiden sie sich vielleicht in dem Maß, wie der mit der Führung beauftragte Professor das jeweilige Verhältnis von Deutschen beziehungsweise Franzosen zur Kernkraft differenziert: „Die Deutschen sind reich und haben viel Angst“, meint er, „und die Franzosen sind nicht so reich und haben auch nicht so viel Angst“. Nun denn. —uh

Wolke über dem Kernkraftwerk Fessenheim

Präfektur in Colmar informierte wieder nicht

Reaktor vorübergehend stillgelegt — Regierungspräsidium: Keine Radioaktivität ausgetreten



Norbert Nothhelfer

Bürgerinitiativen und Nothhelfer:

Keine akute Gefahr

Nach der jüngsten Informationspanne:

Nothhelfer: Das ist mehr als ärgerlich



AUF DER GANZEN BREITE des Regierungspräsidiums war die Kaiser-Joseph-Straße von Menschen gefüllt, die wegen des Zwischenfalls im Atomkraftwerk Fessenheim demonstrierten. Insbesondere die Nachricht, daß der Defekt nicht, wie zunächst angenommen, am Donnerstag, sondern bereits 24 Stunden vorher passiert und dies nicht bekannt gemacht worden war, beunruhigte die Leute. Eine Delegation der badisch-elsässischen Bürgerinitiativen trug ihre Befürchtungen und die Forderung nach Stilllegung des Kraftwerks Fessenheim dem Regierungspräsidenten vor. Unterdessen sahen sich die Demonstranten zwischen Polizeiabspernung sowie Bussen und Straßenbahnen hindurch und hergeschoben.

Bild: Wurzer

Immerhin unterstützen FDP und SPD Abgeordnete das von den Badisch-Elssässischen BI geforderte Hearing über die Risse im AKW Fessenheim. Diese internationale Anhörung nach dem Vorbild des Gorleben-Hearings in Hannover wird ja auch von einem Wählerpotenzial von zig Tausenden gefordert, und die nächsten Wahlen stehen vor der Tür! Nur die CDU hat es nicht nötig, noch nicht! Regierungspräsident Nothhelfer weist alle diesbezüglichen Stellungnahmen weit von sich. Als wir das wiederholt von ihm im Regierungspräsidium bestätigt bekommen hatten, war es auch dem letzten

klar und wir zogen frustriert zum französischen Konsulat. Was erwarteten wir dort? Viel Polizei, und das war's denn auch. Der Konsul hatte freundliche Worte für unsere Delegation bereit: es gäbe eben zweierlei Menschen, Optimisten und Pessimisten, und er wäre eben ein Optimist! Ja, und damit hatten bei uns die Pessimisten recht: "Mit sowas beim Konsul kann man doch kein AKW stillkriegen!" Wut im Bauch, die Faust in der Tasche, nächstes Mal wird es nicht so harmlos abgehen! Nächstes Mal.....erst beim nächsten Unfall? Nächstes Mal.....wenn es nur, wenn es nur nicht zu spät ist!

Radio Verte Fessenheim



ANTENNE FREIBURG-KAISERSTUHL DONNERSTAGS 19³⁰

DREIECKLANDSENDUNG FREITAGS 19⁴⁵

GRÜNES RADIO FESSENHEIM AM 13.3.1980

"ACHTUNG,ACHTUNG - EINE DURCHSAGE :
SEIT HEUTE MORGEN 4 UHR STRÖMT AUS DEM
REAKTOR 2 IN FESSENHEIM RADIOAKTIVER
WASSERDAMPF AUS !!!!! "

Mit dieser Meldung, die Radio Grün (Fessenheim) am Donnerstag abend in den Äther strahlte, erreichte viele erstmalig die beunruhigende Nachricht vom letzten Unfall in Fessenheim.

Solche Nachrichten werden auch in Zukunft kommen, wenn Fessenheim nicht stillgelegt wird. Wohl dem, der die Unheilsbotschaften rechtzeitig bekommt, weil er Radio Grün hört oder weil er Freunde in den Bürgerinitiativen hat, die ihn telefonisch benachrichtigen. Er braucht dann nicht zu warten, bis die zuständigen Behörden reagieren.

Das Schlimmste sind meines Erachtens die Sachzwänge: Die Behörden können nicht rechtzeitig handeln, weil sie erst nach Austritt lebensgefährlicher Mengen von Radioaktivität und nach Absperrung der Strassen aktiv an der Regie von Kernkraftwerkskatastrophe mitwirken können (Das Wort "Katastrophenschutz" ist in diesem Zusammenhang eigentlich nicht korrekt);

Jede behördliche Evakuierungsmaßnahme, die sich nachträglich als vergeblich herausstellt, kostet dennoch Unmengen, schafft Verkehrstote, Selbstmorde usw. Sie würde zudem die Atompolitik unglaubwürdig machen, weil bei der Evakuierung auch der letzten Schlafmütze klar wird, wie sehr unser aller Leben bedroht ist.

Das sind Sachzwänge. Darum wird man es unabhängig von der Informiertheit auf der offiziellen Seite lieber drauf ankommen lassen. Welche andere Begründung wäre sonst denkbar für die Tatsache, dass alle Radioaktivitätsmessungen geheim sind und dass es auf deutscher Seite keine offizielle KKW-Kontrollkommission gibt, in der unsere Leute sitzen?

Sind sich die Kernkraftbefürworter eigentlich alle bewusst, dass sie unter der Vorgabe vermeintlicher Sachzwänge (Energienücke, Arbeitslosigkeit) im

Begriff sind, ganz andersartige und ungeheuerliche Sachzwänge zu schaffen ?

Wir aber müssen uns mit der Ungewissheit auseinandersetzen und müssen die Wirklichkeit nüchtern in allen ihren Möglichkeiten einkalkulieren: Die Risse im KKW Fessenheim sind gefährlich/nicht gefährlich. Der jeweilige Störfall in Fessenheim kündigt eine Katastrophe an/kündigt keine Katastrophe an. Ist es wirklich gelungen, den Reaktor abzuschalten oder kämpft die Mannschaft dort trotz anderslautender Meldungen noch um ihr eigenes Leben. Warum mussten die 20 Tonnen Wasser so rasch in die Luft geblasen werden, hätten sie vielleicht der Mannschaft schaden können usw. Jedes Detail kann uns Rätsel aufgeben. Aber auch die Atomindustrie steht zusammen mit ihren behördlichen und staatlichen Anhängseln vor einem Dilemma: Ehrlichkeit vortäuschen, solange es um nachkontrollierbare Bagatellen geht und vertuschen und opfern, wenn es ernst wird. Auch sie lebt im Ungewissen, wenn es um diese Grenze geht.

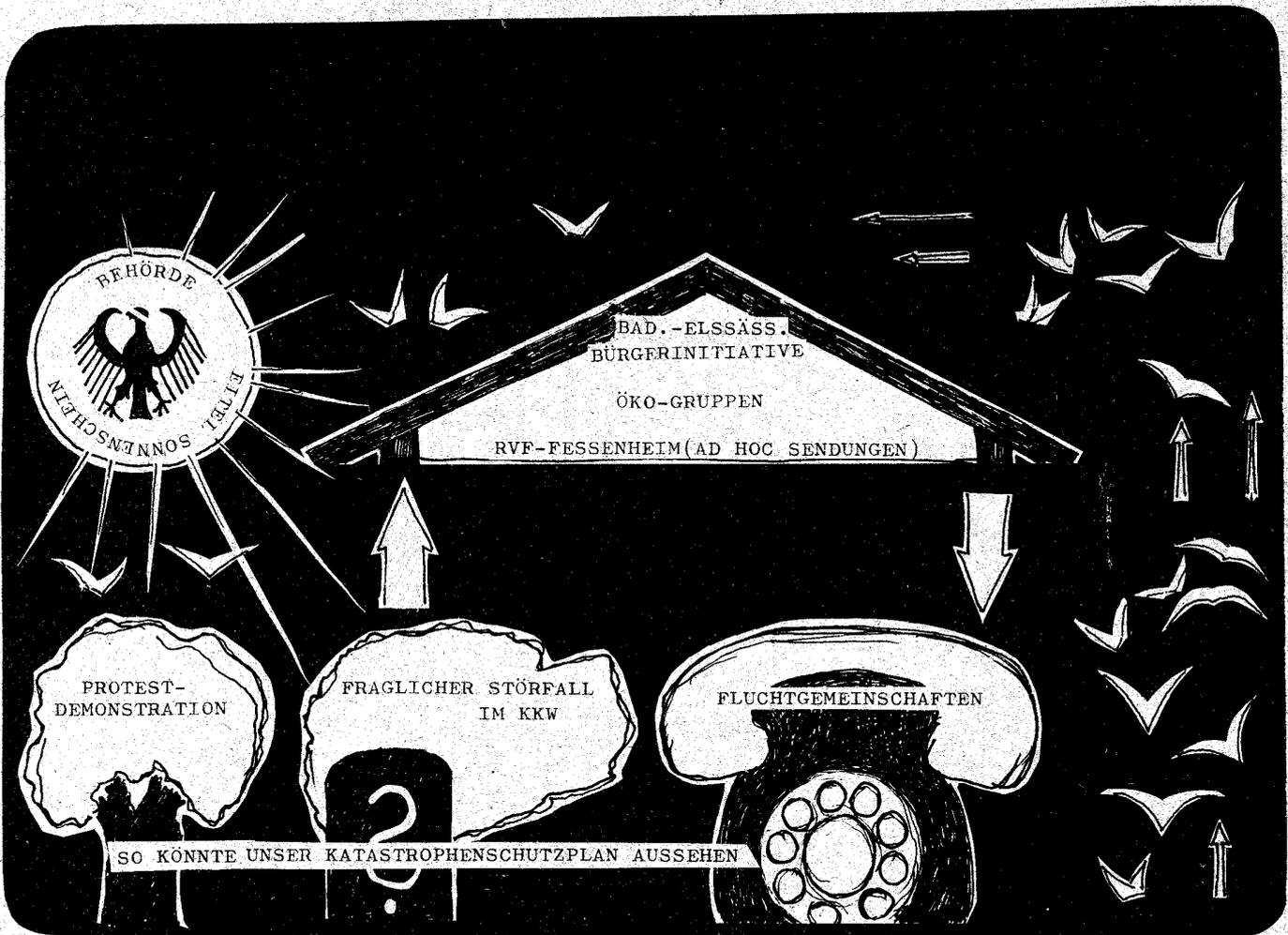
Die Angst vor Atomkraftwerken kann eine Krankheit sein. In anbetracht des Unfalls in Harrisburg, der Risse im KKW Fessenheim und...und...und...und..., ist dieser mögliche krankhafte Anteil der Angst vor AKW's bei uns jedoch völlig vernachlässigbar. Vielmehr ist der als krank zu bezeichnen, der keine Angst hat.

Bei jeder Schnellabschaltung, bei jedem anderen Hinweis auf eine Störung im regionalen KKW wird die Angst akut. Da die Befürworter der AKW's unsere Angst für gering halten, denken sie nicht daran, die KKW's stillzulegen. Das könnte sich ändern, wenn ihnen klar wird, zu welchen Konsequenzen die Angst führen kann: zu einer massenhaften "Abstimmung mit den Füßen"- heraus aus der beruflichen Situation - quer zur Windrichtung - eigenmächtig und auf eigene Kosten, Sonderurlaub nehmen, unbezahlt, - ab in die Sicherheitszonen, bevor es zu spät ist, - lieber 100 mal umsonst, als 1 mal zu spät, - mögen die Kernkraftbefürworter die Stellung halten.

Wer jedoch während der Berufsausübung, vielleicht gar in besonders verantwortlicher Position, aus guten Gründen abhauen möchte, der muss sich auf Reaktionen des Arbeitgebers gefasst machen. Wer ersetzt dem Arbeitgeber den Schaden und wie steht es mit den arbeits- und strafrechtlichen Folgen?

Die Einnahme von 0,5 g Jod (das gesundheitliche Risiko entspricht normalerweise etwa der Einnahme einer Kopfweh-tablette, jedoch ist eine individuelle Beratung empfehlenswert, - der Nutzen entspricht etwa einem Eimer Wasser bei einem Hausbrand) kann in dieser Situation gehäuft Übelkeit und Kreislaufstörungen u.a. (70% nach unseren Erfahrungen) und damit Arbeitsunfähigkeit hervorrufen, - es muss aber auch einen anderen Weg geben.

Auch beim Stromzahlungsboykott ist ja das Vorgehen juristisch gut überlegt worden. Die Sache mit dem Sonderkonto musste man sich erstmal einfallen lassen. So wird es auch hier einen Weg geben: Nur im Krieg wird uns das Recht auf Leben abgesprochen. Offiziell leben wir aber nicht im Krieg, sondern in einer Demokratie und haben eine Verfassung, nach der uns die Wahrnehmung des Rechts auf Selbsterhaltung nicht verboten werden kann. Sie müssten schon die Verfassung ändern.



Denkwürdiges Nachspiel der Durchsage von Radio Grün:
Gegen 20³⁰ Uhr rufe ich in grosser Sorge um mich und meine Familie und meine Freunde beim Regierungspräsidium in Freiburg an. Mir wird gesagt, dass die Dampf-wolke nicht radioaktiv sei. Woher ich die Nachricht hätte. "Von Radio Grün". "Das ist eine Falschmeldung". Falschmeldung? Wir erfahren hinterher, dass der Sekundärkreislauf bei diesem Reaktortyp immer radioaktiv ist. Erlaubte Leckrate zwischen Primär- und Sekundärkreislauf ist 5 Liter hochradioaktives Wasser pro Minute (TÜV). Vielleicht wurde die Radioaktivität des in die Luft

geblasenen Wassers, das offiziell aus dem Sekundärkreislauf stammen soll, mit dem Zollstock gemessen. Aber unser Regierungspräsident glaubt ja bis jetzt den Experten und er weiss auch bis jetzt noch genau, welchen Experten er zu glauben hat und welchen nicht. Da es den Kernkraftbefürwortern auf Gläubigkeit dieser Art ankommt, scheint ihnen logischerweise ein Hearing von unabhängigen und abhängigen Experten absolut überflüssig zu sein. Die KKW-Befürworter sind nicht die ersten, die glauben, dass man durch vieles Glauben allmählich glaubwürdig wird.

Friedrich Kieling

Radio Verte Fessenheim



Jeden Freitag
101 MHz (FM-UKW)
19h45

RADIO VERTE FESSENHEIM ist, je nach Einstellung zu Meinungs- und Informationsfreiheit, ein Schwarzsender, ein Piratensender, ein illegales Nachrichtenmedium - oder ein Volkssender, ein rechtmäßiges Informationsmittel außerhalb der Monopole des Staates und der Wirtschaft, welche die Massenmedien beherrschen.

ARTIKEL 19 DER ALLGEMEINEN MENSCHENRECHTE VON 1948, der sich mit der Informationsfreiheit befaßt, lautet:

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäußerung; dieses Recht umfaßt die Freiheit, Meinungen unangefochten auszuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.

Wer gewisse Informationen der Öffentlichkeit vorenthalten will, weil sie irgendwelche Sonderinteressen gefährden könnten, wird auf dem legalen Standpunkt beharren...

Wer als Demokrat den Anspruch der Öffentlichkeit auf freie und allseitige Information anerkennt, wird unabhängige Informationsträger wie RFV befürworten und unterstützen, z.B. durch Beitritt zum

Verein LES AMIES DE RADIO VERTE FESSENHEIM - DREYECKLAND

8 rue de Straßbourg
F-67170 Brumath

Seit Juni 1977 sendet RFV regelmäßig jeden Freitag ab 19.45 (bei Sommerzeit ein Stunde früher) auf 101-104 mhz UKW. Bish heute wurden rund 140 Sendungen ausgestrahlt. Entstanden als Sender der AKW-Gegner um Fessenheim, ist RFV heute ein echter Volkssender, der sich mit allen Problemen der arbeitenden Bevölkerung in der Region Basel, dem sog. Dreyeckland befaßt. Dies zeigt eine Auswahl aus den behandelten Themen:

- Atomkraftwerke in aller Welt und die Gefahren für die Bevölkerung
- Arbeitskonflikte, Streiks, Entlassungen
- Projekt, die Salzlauge statt in den Rhein in den Boden des Rheintalgrabens zu pumpen

- Umgang mit Giften in der Industrie (Chemie)
- Schwarzwaldautobahn
- Uranausbeutung in Menzenschwand
- Zerstörung der Vogesentäler Masevaux und Villé (Willertal) durch projektierte Urangewinnung und Truppenübungsplätze
- Gewerkschaftliche Diskussion über Gefährdung resp. Erhaltung von Arbeitskräften durch solche Projekte
- Regionale Muttersprachen und ihre Bedeutung
- Das Atommüllproblem in der Schweiz und anderswo
- Wichtige Informationen über Vorgänge im AKW Fessenheim, die der Bevölkerung, ja sogar den Behörden vorenthalten oder mit Verzögerung weitergegeben wurden.

RFV hat sich also längst vom Sender der Umweltschützer ("Grünes Radio") zum Volkssender entwickelt. Seine Betreuer politisch, wirtschaftliche und kulturelle Vorgänge der Region in eigenen Beiträgen.

Die Antenne Freiburg sendet seit neuestem jeweils Donnerstag

19.30 Uhr auf derselben Frequenz (101-104 mhz UKW). Kürzlich orientierte sie ihre Hörer über eine Kundgebung der Bad.-Elsäß. Bürgerinitiativen vor dem Regierungspräsidium in Freiburg und dem Franz, Konsulat, wo ca. 1000 Menschen dagegen protestierten, daß in Fessenheim dreimal Notalarm ausgelöst wurde, ohne daß die deutschen Behörden, geschweige denn die Basler informiert worden wären. Dabei bestand die Gefahr, daß die Dampf Wolke, weithin sichtbar, radioaktiv verseucht war...

Wir in Basel haben ebenfalls Gelegenheit, unsere Meinung und unsere Informationen zu verbreiten, einmal innerhalb der Regionalsendungen, aber auch anschließend in Lokalsendungen (etwa ab 20.30 Uhr). Unsere Kontaktadresse (Antenne) ist der Buchladen "Der Funke" im Hirschenneck am Lindenberg. Dort können Auskünfte eingeholt, Kassetten von RVF-Sendungen bestellt oder Beiträge geliefert werden.

Benutzt diese einmalige Gelegenheit eines freien Senders in der Region Basel!

Hört RVF-Radio Verte Fessenheim jeden Freitag 19.45 Uhr auf 101-104 mhz.

gottlieb



Internationale Pfungstaktionen 1980

Zur Vorbereitung der 5. Internationalen Koordinationskonferenz der Anti-Atom-Energie-Bewegung hatte das Büro in Basel am 22./23. März ins Hirscheneck eingeladen.

Vertreter aus Belgien, Luxemburg, Frankreich, der Schweiz und dem Badischen waren gekommen, um die internationalen Pfingstaktionen zu koordinieren und den Themenbereich für die 5. Konferenz am 13./14. September abzustecken.

Nachdem ein allgemeiner Informationsaustausch stattgefunden hatte, kamen wir zu den nationalen Vorbereitungen für die Pfingstaktionen.

In der Schweiz sind die Sondierbohrungen für ein zu findendes Atommüll-Lager das Hauptthema. Demonstrationziel am Pfingstmontag ist Baden, wo die Atom-Lobby Regierungspaläste hat. Dazu wird samstags vorher in den Bohrgemeinden mobilisiert und am Pfingstsonntag nahe Baden Workshops in einem Pfingstcamp organisiert.

In Deutschland stand Gorleben zur Diskussion, aber wir konnten nichts bestimmtes dazu sagen, weil die Besetzung im Mai ja noch keine beschlossene Sache ist. Auch von den Ersatzstandorten lagen keine Informationen vor.

Luxemburg, da gibts ein Pfingstlager auf dem Platz des erfolgreich verhinderten AKW in Remerschen, gemeinsam mit Freunden aus Lothringen und dem Saarland.

In Belgien sollen in diesem Jahr viele kleine dezentrale Aktionen durchgeführt werden.

Aus den anderen Ländern lagen keine weiteren Angaben vor, deshalb konzentrierten wir uns auf die große internationale Demonstration in La Hague, die nicht zu Pfingsten, sondern am 28./29. Juni in Greville, 5km vor La Hague stattfinden soll. Alle Pfingstaktionen sollen dazu benutzt werden, um für La Hague aufzurufen. Die internationale Bedeutung der Wieder-

aufbereitungsanlage von La Hague sollte auch eine internationale Beteiligung der gesamten europäischen Anti-AKW-Bewegung zur Folge haben. Der Aufruf erfolgt durch die nationale französische Koordination. Die 4 großen Parolen sind:

NEIN zum Plutonium (zivil und militärisch)
NEIN zum Schnellen Brüter (Malville)
NEIN zum Repressionsstaat Frankreich
NEIN zum Atommüll-Lager im Massif Central

Es wird mit einer Massen-Demo gerechnet, aber friedlich! Die internationale Bewegung wird gebeten, den Aufruf durch Anzeigen in ihren Zeitungen und in französischen Zeitungen zu unterstützen (Kein deutscher Müll nach La Hague!). Eine internationale Vorbereitungskonferenz findet am 31. Mai/- 1. Juni in Cherbourg statt. Kontaktadresse für Informationen Plakate etc.:

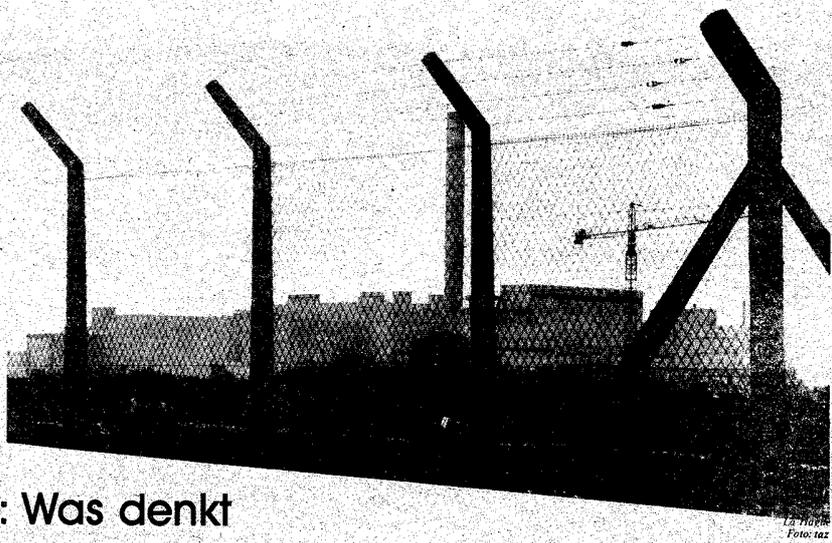
Comité contre la pollution atomique
de La Hague (CCPAH)
Jean Pierre Croisy, La Culut,
F - 50840 Le Theil

Die Mobilisierung in Frankreich erfolgt dezentral durch autonome Initiativen und wird organisatorisch von der nationalen Konferenz koordiniert.

Für die 5. Konferenz in Basel am 13./14. September sollen auch Atommüll und Plutonium zentrale Themen sein, außerdem noch ein Vorschlag aus Luxemburg: Internationalismus und Gewerkschaften. Wer diese Konferenz mit vorbereiten will, sollte am 14./15. Juni nach Basel kommen. Kontaktadresse: Internationale Koordinationskonferenz gegen AKW Postfach 231, CH-4015 Basel

Gross-Demo 28.-29. Juni La Hague

Teilnehmer des Projekts „Ökologie“ an der Universität Bremen reisten im Januar 1979 zur Atommüll-Wiederaufbereitungsanlage in La Hague/Frankreich. Was einer DGB-Delegation vor einigen Monaten vor der Unternehmensleitung der WAA verboten wurde, tat die Projektgruppe: sie informierte sich bei der gewerkschaftlichen Vertretung der Beschäftigten. Aus dem Gespräch mit 2 Delegierten der CFDT (Confederation Francaise democratique du travail) das in der 60seitigen Dokumentation der Projektgruppe abgedruckt ist, veröffentlichte das Bremer Blatt (Nr. 5, Mai 1979) einige Auszüge, die wir, etwas gekürzt, nachdrucken:



La Hague: Was denkt ein Gewerkschafter, der Atommüll aufbereitet?

Frage: Die Brennstäbe aus den deutschen Atomkraftwerken sollen, bis in den 90er Jahren einmal Gorleben in Betrieb gehen, hier in La Hague aufbereitet werden. Um bei den deutschen Vertragspartnern glaubwürdig zu sein, muß man mal wieder Brennstäbe aus Deutschland aufbereiten, um zu beweisen, daß das Werk funktioniert. Aber das Werk steht still...?

Antwort: Ja, das stimmt! Die Betriebsleitung macht so viele Fehler, daß inzwischen die Belegschaft mehr der CFDT vertraut als der Betriebsleitung.

Frage: Wir haben gehört, daß die Wiederaufbereitung hochaktiver Oxide seit 18.12.1978 stillliegt. Wenn die Betriebsleitung jetzt sagt „Bringt die Produktion in Gang“, was meint sie eigentlich damit? Die Wiederaufbereitung radioaktiver Brennstoffe?

Antwort: Die funktioniert auch nicht. Die hat noch gar nicht wieder angefangen.

Frage: Ja, aber was meint die Betriebsleitung ...

Antwort: Die Brennstoffe aus Graphit-Gas-Reaktoren! Da deren Wiederaufbereitung funktioniert, kann die Betriebsleitung auch nicht behaupten, sie will nur bluffen. Die Wirklichkeit dagegen ist z.B. so: die Anlage arbeitet einen Tag und dann liegt sie wieder zwei Tage still usw.

Frage: In welchem Bereich des Werkes arbeitest Du?

Antwort: Ich arbeite seit 1965 in der Anlage in La Hague, zuerst als Elektrotechniker, habe mich dann spezialisiert auf die Technik der ionisierenden Strahlungen, war dann Leiter der Strahlenschutzabteilung im Werk und bin jetzt im Büro für radiologische Untersuchungen und mache dort Sicherheitsuntersuchungen.

Frage: Du bist schon seit 1965 im Werk und hast so die verschiedenen Phasen mitbekommen. Welche entscheidenden Änderungen in den Arbeitsbedingungen haben sich von der Anfangsphase bis heute ergeben, und wie hat sich im Zusammenhang damit die kritische Position der CFDT hier in La Hague entwickelt?

Antwort: Also bis 1969, wo wir für das Militär arbeiteten, ist es uns gelungen, eine gewisse Rechtfertigung für unsere Arbeit zu finden. Es kann schockierend wirken, so etwas zu sagen. Aber man muß sich mal an den historischen Kontext erinnern. Da gab es noch keinen Widerstand gegen die Atombewaffnung, gegen die Force de frappe. Als die Mehrheit der Nation de Gaulle zur Macht brachte, stellte sich für die Arbeiter nicht die Frage, ob sie sich (in Bezug auf die Force de frappe) anders entscheiden soll.

Frage: Also im Grunde hat der Staat entschieden, und die Arbeiter haben es akzeptiert?

Antwort: Ja, wir hatten den Eindruck der sozialen Nützlichkeit. Ich will es heute nicht bewerten, ich will nur feststellen, das es so war. Jeder weiß, daß in allen Ländern sehr viel Geld für das Militär zur Verfügung gestellt wird. Wir waren daher nicht gezwungen, eine große Quantität zu produzieren, sondern wir mußten nur qualitativ gut wiederaufbereiten. Sobald etwas nicht lief, hat man aufgehört zu arbeiten, und es wurde mit äußerster Sorgfalt die Sache wieder in Ordnung gebracht. Es gab da keinen Leistungsdruck, es waren Qualitätsanforderungen, und daher hatten wir ein anderes Arbeitsklima. Das Werk war offen, es gab nicht mehr als einen kleinen Zaun, man konnte relativ frei ein und aus gehen. Unter dem Boß gab es nur ein paar Betriebsleiter, also eine relativ dünne Hierarchie. Innerhalb des Werkes ging es relativ gut, das muß man unterstreichen, weil eine gewisse Solidarität innerhalb der Belegschaft existierte; jeder war bedacht, sein Bestes zu tun, um das Werk funktionsfähig zu halten.

Aber 1969 hörten sie auf mit der Bombe, und wir merkten, daß die Richtung ganz woanders hinging. Die Betriebsleitung sagte, bisher waren wir 900 Leute, aber um das Werk zum laufen zu lassen, brauchen wir nur 700! Sie wollten keine Entlassungen, weil das ein schlechtes Bild gegeben hätte. Sie haben gesagt, diejenigen, die das Werk verlassen, kriegen 18 Monate lang ihr Gehalt weiter. Das war sehr geschickt, wer abgegangen ist, das waren die qualifizierten Techniker, die am besten bezahlt waren, und die überall Arbeit finden konnten aufgrund ihrer Qualifikation. Da jetzt zu wenig Arbeiter da waren, fingen die Arbeiter zu motzen an. Die Betriebsleitung berief sich auf neue Vorschriften von oben, auf ein Verbot, neue Arbeiter einzustellen, sie schlug stattdessen vor, Zeitarbeiter einzustellen, um uns aus der Patsche zu helfen. Und zugleich konnte man innerbetriebliche Umsetzungen des Personals feststellen, man konnte wahrnehmen, daß die Zeitarbeiter gerade an den Posten stehen, die am gefährlichsten sind, wo es das größte Risiko gibt, sich zu kontaminieren. - Das war die Vorbereitung zur Privatisierung des Werkes. Die Gewerkschafter verlangten für die Zeitarbeiter denselben Status wie für die Stammarbeiter. Die Antwort war: okay, aber heute kann man feststellen, daß alle Arbeiter den gleichen Status haben wie die Zeitarbeiter, also das ist eine Nivellierung nach unten. Dabei gab es hauptsächlich zwei Verschlechterungen, nämlich

- die (im öffentlichen Dienst übliche) Arbeitsplatzgarantie ist weggefallen
- statt öffentlicher Dienstleistung ist heute Geschäftstüchtigkeit das alles beherrschende Prinzip.

Ein typisches und ganz eklatantes Beispiel: Beim jetzigen Zustand der Anlage kann man sagen, daß die Wiederaufbereitung der ausländischen Brennstäbe nur auf Kosten der Arbeiter laufen wird, daß sie eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen mit sich bringen wird.

Frage: Worin also liegt der Hauptpunkt der Auseinandersetzung innerhalb der Wiederaufbereitungsanlage; geht der Kampf gegen die Wiederaufbereitung überhaupt, oder geht er gegen die Wiederaufbereitung der ausländischen Brennstoffe oder...

Antwort: Ich möchte anknüpfen an meine Darstellung, wie sich das Werk im Laufe der Jahre von einem öffentlichen (militärischen) Dienstleistungsbetrieb gewandelt hat zu einem banalen, geschäftsorientierten Industriebetrieb, zu dessen Schutz ein wachsender Polizeiparapparat organisiert wird.

Ich gebe folgendes konkretes Beispiel: Früher waren in meiner Abteilung vier Chefs, jetzt sind es 20. Auch wenn früher der (militärische) Zweck der Arbeit fragwürdig war, hatte man Entscheidungsspielräume, man konnte die Arbeit selbst organisieren, man war nicht so frustriert, man konnte sich für etwas einsetzen, und das war zufriedenstellend. Heute dagegen ist es so: Man fragt den Arbeiter nicht, ob er kompetent ist, man fragt nur, ob er die Vorschriften lesen kann und sich danach verhalten kann. Das ist eine andere Haltung auf der Ebene der Einstellung der Arbeiter, das ist wichtig. Unter der staatlichen Leitung früher sind selten KP-Anhänger eingestellt worden; jetzt, wo wir für die Industrie arbeiten, pflegen sie lieber Kommunisten einzustellen als Mitglieder der CFDT. Das ist erklärend, denn die kommunistische Partei in Frankreich hilft der Regierung, denn sie ist der Meinung, daß die Wiederaufbereitung ausländischer Brennstoffe Devisen bringt für Frankreich.

Wir CFDT-Gewerkschafter dagegen haben im Laufe der Jahre ein anderes Bewußtsein entwickelt. Denn als wir außerhalb des Werkes Leuten begegnet sind (mit langem Haar und mit Bart), die uns Fragen stellten, wurden wir als Gewerkschafter gezwungen, uns selbst in Frage zu stellen. So sind wir dazu gekommen, nicht nur den Teil des Lebens der Arbeiter zu betrachten in der Produktion. Wir sind uns bewußt geworden, daß der Arbeiter nicht nur Produzent, sondern auch Konsument und Bürger ist, und daß er auch ein Recht hat, über die Politik innerhalb des Werkes sowie über die Energiepolitik Frankreichs mitzuentcheiden.

Das war der erste Kontakt mit den Ökologen. Am Anfang waren wir sehr aggressiv miteinander, jeder meinte, er hätte die richtige Frage (Umweltschützer und Gewerkschafter). Wir haben uns kennengelernt, und wir haben uns gegen-

seitig bereichert. Wir haben z.B. gemeinsam die Forderung aufgestellt, daß überhaupt keine Ableitung radioaktiver Abfälle ins Meer oder in die Luft passiert.

Seit einigen Jahren treffen wir uns relativ oft mit den Umweltschützern. Wir sind nicht in allen Punkten einig, aber wir haben gemeinsame Positionen, wir haben uns auf einem Nenner getroffen. Wir kommen zu dem Problem der Energie im allgemeinen und der Atomenergie im besonderen, und wir kommen auf die Problematik der Gesellschaftstypen.

Frage: Ist die CFDT nun gegen die Nutzung atomarer Techniken oder ist sie bedingt dazu bereit?

Antwort: Ich will hier keinen Katechismus hersagen. A priori sind wir nicht gegen friedliche Nutzung der Atomenergie, aber dieses Wahnsinnsprogramm, das vorgesehen ist, und dieser Aspekt „alles nuklear“, führt uns dazu, das Atomprogramm Frankreichs zu bekämpfen. Wir denken, daß die Lösung in der Nutzung verschiedener Energiequellen besteht: Diversifikation in Bezug auf die Mittel und die Form. In Bezug auf die Mittel (zur Deckung des Energiebedarfs) stellt sich die Frage, ob man deren Zentralisierung akzeptiert, oder ob man sich für dezentrale Installation von Energiequellen einsetzt.

Zwischenruf: D.h. keine Atomenergie!

In Bezug auf die Formen (der Energieversorgung) betrachten wir Atomkraftwerke nur als Übergangslösung. Man muß die Formen dem Bedarf anpassen. Die CFDT geht weiter, als nur das Atomprogramm Frankreichs in Frage zu stellen; wir stellen die gesamte soziale Organisation Frankreichs in Frage, den Entwicklungstyp (die Wachstumsgesellschaft), die Produktionsmethoden und die Qualität der Produkte. Ein Beispiel: statt viel Energie aufzuwenden, um ein Auto zu bauen, das fünf Jahre hält, könnte man die gleiche Energie aufwenden, um ein Auto zu bauen, das 20 oder 50 Jahre hält. Das ist technisch möglich, und es schafft auch Arbeitsplätze, weil die Autos repariert werden können. Aber jetzt ist es so, daß man Autos nach fünf Jahren wegwirft. Wenn wir sagen, wir sind nicht a priori gegen Atomenergie, kommt dabei dem a priori eine wichtige Bedeutung zu, weil die Frage der Atomenergie eine Frage der gesamten Politik ist.

Und zudem gibt es im gegenwärtigen Stadium unserer Kenntnisse zu viel Ungewißheit, um sich für die Atomindustrie zu entscheiden. Wir haben die Ungewißheit auf dem Gebiet der Technik, der Gesundheit der Arbeiter usw.; da darf man nur langsam vorangehen. Ein Sprichwort: Man kann den Karren nicht vor den Ochsen spannen.

GORSTERBEN - die nationale Entsorgungsverpflichtung -----

Am 5. März fiel im Lüchower Gildehaus die Entscheidung für ein Zwischenlager "für ausgediente nukleare Brennelemente". Der Kreistag von Lüchow-Dannenberg verabschiedete die Resolution nahezu einstimmig, die CDU-Fraktion geschlossen, bei der SPD eine Nein-Stimme und eine Enthaltung und der FDP-Abgeordnete v. d. Bussche legte sein Mandat nieder mit der Erklärung, daß die 1976 gewählten Kreistagsmitglieder garnicht befugt seien, über das Zwischenlager abzustimmen, da zu der Zeit, als sie gewählt wurden, diese Frage überhaupt nicht zur Debatte stand.

Diese Entscheidung, ebenso wie die nachfolgende der Samtgemeinde Gartow für den Standort Gorleben (Änderung des Flächennutzungsplans) geschah trotz außerordentlich starken Widerstands der Bevölkerung, dokumentiert in den Leserbriefen der EJZ und trotz eines Memorandums bekannter Persönlichkeiten des Kreises an die zuständigen Politiker und Kirchenleute. Die Atomindustrie hat Gorleben im Griff, und nun drückt sie dem Kreis die Luft ab. Die DWK besitzt 650 Hektar Land auf Gorlebener Gemarkung. Die Tiefbohrungen zwischen Gedelitz und Gorleben auf Platz 1003 sind inzwischen über 1000 Meter tief in die Schichten jüngeren Steinsalzes eingedrungen. Die Untersuchungen der Bohrkerns nahmen zwei Jahre in Anspruch, sagen die Sprecher hinhaltend. Pro Tiefbohrung zahlt der Staat 2 Mill. DM. Für den Bau eines Bergwerks, angeblich zur näheren Standortuntersuchung, sind 400 Mill. DM veranschlagt.

Von DWK-Seite wurde bereits erklärt, mit einem Zwischenlager als einzige kerntechnische Anlage werde es vermutlich mit der "nationalen Entsorgungsverpflichtung" nicht genug sein, denn dieser Kreis werde möglicherweise auch ein Lager für schwach- und mittelradioaktiven Müll aufnehmen müssen. Ein solches Lager sei auf eine Kapazität von 35 000 Fässer mit je 200 Liter

Inhalt ausgelegt und erfordere eine wesentlich einfachere Hallenkonstruktion als ein Zwischenlager, da die schwach- und mittelradioaktiven Fässer kaum Wärme abgäben. Dies nennt ein Leserbriefschreiber in der Zeitung des Kreises **GOSLAR IN GORLEBEN** und schreibt:

Die Schnelligkeit, mit der die Landesregierung und neuerdings auch die Bundesregierung Millionenbeträge zur Umsiedlung bleigefährdeter Menschen um Goslar zur Verfügung gestellt hat, ist meines Erachtens ein deutlicher Hinweis darauf, daß hier eine staatlicherseits seit langem bekannte Umweltvergiftung durch scheinbar unbürokratisch großzügige Gesten vertuscht werden soll. Diese Reaktion trägt nicht gerade dazu bei, das Vertrauen in staatliche Zusicherungen zu erhärten, daß beim Genehmigen und Errichten von Kernkraftwerken, Wiederaufbereitungsanlagen sowie Zwischen- und Endlagern die Sicherheit der Bevölkerung absoluten Vorrang habe.

Im Gegenteil, der Eindruck verstärkt sich, daß die Sicherheit der Bevölkerung keineswegs berücksichtigt und ein Störfall so lange wie irgend möglich verschwiegen wird, ehe man schließlich unter dem Druck privater Institutionen und der öffentlichen Meinung zur Vermeidung eines Skandals die Flucht nach vorn antritt. Überträgt man dieses Verhalten staatlicher Institutionen im Fall Goslar auf das Problem bei Zwischen- und Endlagerung bzw. Wiederaufbereitung von radioaktiven Abfällen, so hieße das, daß man damit rechnen muß, daß jahrelang von staatlicher Seite gefährliche Strahlenbelastungen gemessen werden könnten, ohne daß etwas zum Schutz der Bevölkerung getan würde.

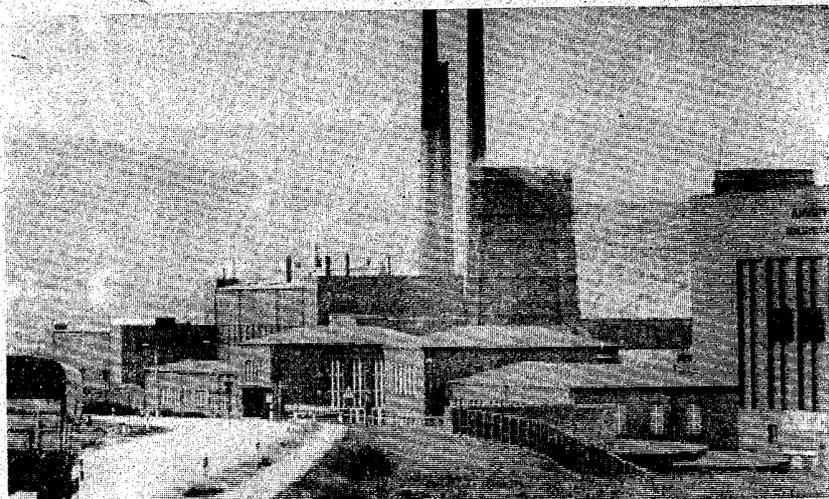
Angesichts solcher Praktiken kann die Empfehlung des Kreistages für ein Zwischenlager (woraus sicherlich langfristig ein Endlager werden wird) nicht im Interesse der Lüchow-Dannenger Bevölkerung liegen, die zum größten Teil hier seit Generationen ansässig ist. Damit haben für mich die gewählten Vertreter der Parteien im Kreistag dem ihnen übertragenen Wählerauftrag entgegen gehandelt.

Lothar Heyde, Berlin/Bösel

Chr. Z.

21 Familien aus dem bleigefährdeten Gebiet wollen umziehen

„So schnell wie möglich fort von hier“



AUCH DIE ZINKHÜTTE in Harlingerode am Stadtrand von Oker gehört zu den Fabriken, die starke Immissionen ausstoßen. Am Eingang des Werkes steht: „Sicherheit lohnt jederzeit“. Foto: dpa

Energiekrise?

Von der überwiegenden Mehrheit der CDU-, SPD- und FDP-Mitglieder wird immer wieder behauptet, ohne Atomenergie gehen in Zukunft die Lichter aus. Ähnlich hat sich auch der Bundesforschungsminister Herr Dr. Volker Hauff am 15. Februar in Lüchow geäußert.

Und der EG-Generaldirektor für Forschung, Wissenschaft und Bildung, Dr. Günther Schuster, meint, „Naturgas müsse in abnehmendem Maße eingesetzt werden“ (EJZ vom 23. Februar).

Diese Aussagen stehen aber im Widerspruch zu verschiedenen Veröffentlichungen. Als erstes in der „Quick“ Nr. 51/79. Darin heißt es: „Die Araber fackeln jährlich bei der Erdölförderung soviel Erdgas ab, wie ganz Europa derzeit im Jahr verbraucht.“ Ähnlich ist es in Mexiko. Dort verbrennt auf den Erdölfeldern soviel Erdgas, um mehrere amerikanische Großstädte mit Elektrizität zu versorgen. So in „Bunte Illustrierte“ Nr. 19/79. Im „Stern“ 41/79 heißt es: „Die fabrikeygenen Kraftwerke

der deutschen Industrie könnten mit der überschüssigen Abwärme genausoviel Elektrizität produzieren wie alle deutschen Atomreaktoren zusammen. Doch die öffentlichen Versorgungsunternehmen wollen das Stromgeschäft allein machen und weigern sich, solche Überschußenergie abzunehmen.“

Der Tüftler Walter Zepf aus Konstanz/Bodensee hat einen Zusatz erfunden, mit dem ein gewöhnlicher Benzinmotor mit reinem Alkohol läuft. Daraufhin hat ein arabisches Ölförderland ihm zwei Millionen DM für das Rezept seiner Mixtur geboten, um es auf Eis zu legen. „Ein Wunder ist geschehen!“ Der Erfinder lehnte ab mit der Begründung: „Ich will schließlich einen Beitrag zur Überwindung der Energiekrise leisten.“ Doch die Bundesregierung zeigt kein Interesse. „Stern“ Nr. 37/79.

Nun verstehe ich auch, warum seit 2 1/2 Jahren im Wolfsburger Volkswagenwerk ein Golf Diesel herumsteht, der mit 3,9 Liter Sprit auf 100 km auskommt, nicht auf den Markt gebracht wird. „Spiegel“ Nr. 22/79.

Wenn soviel Energie nutzlos in die Luft geblasen wird, dann ist es für die interessierte Seite ein leichtes, die Atomkraftwerke für notwendig zu erklären. Aber warum und wofür? Dieter Schrader, Dannenberg

GORLEBEN OSTERN 1980

GORLEBEN
SOLL
LEBEN



5.4. IN DEN ORTEN, UM GORLEBEN:
Erfahrungsaustausch, Musik, Theater.

AUF DEM "PLATZ": Osterfeuer

6.4. Stammfahrt zum PLATZ

Großes Zusammen-
treffen um 17.00
Für KINDER
Puppentheater,
Oster-
eier
00

KONTAKTADRESSEN: ROSE Fennelau
3136 Vitzke, Tel. 05846/361
LILLO Wollny, 3136 Vitzke,
Tel. 05846/402 RE-
BECCA Harms, Tel.
05861/7274

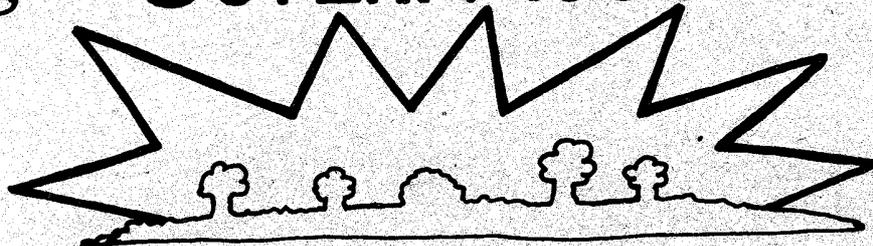
SPENDENKONTO NR. 3002/
102 der Kreis
sparkasse
gartow

INTERNATIONALES FRAUEN KÄMPFEN FÜR DAS LEBEN * FRAUNTREFFEN

FRAUEN TREFFEN FRAUEN

IN GORLEBEN

OSTERN 1980



Wir laden alle Frauen aus Stadt und Land ein,
vom 4.- 6. April 1980 ins Wendland zu kommen.

Gemeinsam wollen wir unseren Widerstand gegen das Atomprogramm
und gegen menschenfeindliche Industrien zum Ausdruck bringen!!

Schon jetzt spüren wir täglich, was es heißt,
in einem Atomstaat zu leben.....

Wir wollen mit Euch darüber sprechen, wie wir unseren Kampf hier
in und um Gorleben und anderswo wirkungsvoll fortsetzen können..

WIR PLANEN :

Gesprächsgruppen über

- * Widerstand von Frauen
gegen das Atomprogramm
- * Gebärtreik
- * Atombewaffnung
- * Medien
- * Energie sparen, Strobo
- * Frauen in Technik
& Wissenschaft
- * Psychische & physische
Schäden durch Atomanlagen

und weiter

- * Landfrauen treffen
Landfrauen
- * Musik und Singen
- * Kreative Gruppen
- * Theater & Puppenspiel
- * Filme
- * Spaziergänge
- * Gottesdienste
- * Kinder werden betreut
- * Osterfeuer

AM SONNTAG 15⁰⁰

GROSSE DEMONSTRATION FÜR ALLE

DIE GORLEBENFRAUEN

Kontaktadressen

Rose Fenselau
3131 Vietze
Tel. 05846/361

Lilo Wollny
3131 Vietze
Tel. 05846/402

Rebecca Harms
3139 Zadrau Nr.7
Tel. 05861/7274

FÜR DIE GRÜNEN,
Ilona Wagner
2838 Sulingen
Tel. 04271/1216

Anmeldungen für Schlafplätze bei Martha Scheibner,

Tel. 05846/766

Es sind jetzt 5 Jahre her seit jenem Spektakel, als die CDU-Landesregierung einen Anlauf nahm, um im Wyhler Rheinauewald ein Atomkraftwerk zu bauen.

Fünf Jahre lang konnte der Baubeginn erfolgreich verhindert werden, doch bis zu diesem Erfolg war es für uns ein steiniger und weiter Weg.

Wieviele Petitionen, wieviele Gespräche mit Politikern, wieviele Demonstrationen gab es im Laufe der Zeit. Nichts hatte geholfen. So mußte die bedrohte Region des nördlichen Kaiserstuhls gegen die Regierung die Notbremse ziehen und den Bauplatz besetzen. (Dienstag, 18. Febr. 1975)

Dafür haben viele unbescholtene Bürger dieser Region bei der Räumung des Platzes durch die Polizei Prügel bezogen. Aus Empörung darüber traten damals eine ganze Reihe Kaiserstühler aus der CDU aus. Am folgenden Sonntag, 23.2.75 gelang es den über 10.000 herbeigesrömten KKW-Gegnern, den Platz wieder zu besetzen und die Polizei heimzuschicken.

**FÜNF
JAHRE**

Wyhl

Wenn wir die heutige Entwicklung der Atomindustrie betrachten (Unfall in Harrisburg/USA, Risse im AKW Fessenheim, vor unserer Haustür), stellen wir fest, daß wir Platzbesetzer von damals völlig im Recht sind.

Ich möchte in diesem Zusammenhang nun nicht wieder die bis zum Überdruß geführte Diskussion im Hinblick auf moralisches und juristisches Recht aufleben lassen.

Ganz bewußt haben die Bad.-Els.-Bürgerinitiativen zum 5. Jahrestag der Platzbesetzung auf eine spektakuläre Großaktion nach außen hin verzichtet und dieses "Jubiläum" mit verschiedenen internen Aktivitäten gefeiert, welche vor allem zum Ziel hatten, daß sich die damaligen Platzbesetzer, die sich inzwischen etwas aus den Augen verloren haben, sich wieder einmal treffen sollten.

Was wäre dazu wohl besser geeignet gewesen, als in den Ortschaften, welche aktiv an der Platzbesetzung und späteren Bewachung teilgenommen hatten, den Platzbesetzer-Film nochmals zu zeigen. Mancher Aktive konnte sich selbst wiederfinden, und die Gemüter erhitzen sich erneut, als wir auf der Leinwand wieder einmal mit den brutalen Einsatzmethoden der Polizei konfrontiert worden sind. Wir sind davon überzeugt, daß wir bei diesen "Veteranentreffen" auch wieder einige neue Freunde, besonders unter der Jugend, finden konnten.

Auch die Volkshochschule Wyhler Wald würdigte das Ereignis mit einer Veranstaltung, und auch Radio Verte Fessenheim berichtete in seinen Sendungen darüber.

In einem neuen Umweltboten wurde eine kurze Chronik der Widerstandsbewegung aufgezeichnet, keiner hat diesen denkwürdigen Jahrestag vergessen.

Nicht einmal der Oppositionschef im Landtag, Erhard Eppler, der demonstrativ auf dem Gelände für das geplante KKW einen jungen Baum pflanzte.

Leider zeigte sich bei dieser Gelegenheit wieder einmal der Riß, der vor allem durch die Einwohnerschaft der Gemeinde Wyhl verläuft. Während sich die Vertreter der Bad.-Els. BI Eppler gegenüber wohlwollend verhielten, zeigten sich Wyhler Befürworter des KKW von der anderen Seite. Natürlich ist es auch für uns begreiflich, daß sich diejenigen Wyhler Bürger, welche materiell vom Bau des KKW profitieren würden, nicht mit dem Gedanken be-

freunden können, daß in Wyhl nicht gebaut wird.

Bedauerlicherweise wurde die von Eppler gepflanzte Eiche von den Befürwortern herausgerissen. Das ereignete sich am Samstag, den 1. März, doch hatten die Bürgerinitiativen auf den Sonntag noch eine Überraschung parat:

Die Antwort auf diese Provokation bestand aus einem ohnehin vorbereiteten dramatischen Akt. Man stellte ein vier Meter hohes, solide gearbeitetes Holzkreuz auf, das auf dem Querbalken folgende Inschrift trägt:

**WO DIE SCHÖPFUNG GEFÄHRDET WIRD, WIRD
GOTT GEKREUZIGT.**

Um das Kreuz zu schützen, wurde der Platz im Wyhler Wald wie vor fünf Jahren zur Zeit der Besetzung von den Bürgerinitiativen bewacht. Die Aktion soll an die Verantwortung des Christen erinnern und steht im Zusammenhang mit der noch ausstehenden Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs Mannheim.

Zu einer spontan inszenierten Kundgebung trafen sich am Sonntag nachmittag eine größere Anzahl der ehemaligen Besetzer. Bei dieser Gelegenheit gedachten wir auch unseres Freundes Hartmut Gründler, der sich auch auf dem Wyhler Platz als engagierter Mitstreiter für unsere Belange eingesetzt hatte. Durch unseren weiteren Einsatz gegen die Kernenergie und deren Betreiber wollen

wir unseren Teil dazu beitragen, daß Hartmut Gründler sein Leben nicht umsonst hingegeben hat. Die von unserem Meier Karl unter dem Mahnkreuz gesprochenen Gedenkworte für unseren toten Freund werden sicher den Kundgebungsteilnehmern in Erinnerung bleiben.

Doch noch ein weiterer Schatten liegt über der Freude, daß der Rheinauwald heute nach 5 Jahren Widerstand immer noch im Ursprungszustand geblieben ist; das ist die Ungewißheit, was auf uns zukommt, denn daß jetzt die Stunde der Entscheidung immer näher rückt, wissen wir alle.

Nur die größten Optimisten haben mit einer entscheidenden parlamentarischen Veränderung gerechnet. Und selbst, wenn es diese Veränderung gegeben hätte, wäre es sicher nur eine Zeitfrage gewesen, wie lange sich Eppler gegen Schmidt hätte durchsetzen können. Als Parlamentarier oder gar als Ministerpräsident wäre auch Herrn Eppler letzten Endes keine andere Wahl geblieben, als die zu erwartende Entscheidung des Mannheimer Gerichts zu akzeptieren. Der Kanzler hätte schon für den nötigen Druck gesorgt.

Daß der Gerichtsbeschuß für uns ausfallen wird, wagen wir schon auf Grund der "unabhängigen" Gutachter kaum noch zu hoffen. Vermutlich wird es nun auch nicht mehr lange dauern, bis die Landesregierung erklären wird, daß sie nun ihrerseits die Offenburger Vereinbarung für erfüllt erklärt. Wirtschaftsminister Eberle vertritt diesen Standpunkt ja bereits seit 1977. Noch kann sich aber das Stuttgarter Kabinett nicht auf die Erfüllung berufen, da immer noch Gutachten fehlen.

Die Wahlergebnisse in den von KKW's bedrohten Regionen dürften auch gezeigt haben, was der Bürger von parlamentarischen Entscheidungen hält.

Die Bad.-Els. Bürgerinitiativen waren sich von vornherein darüber klar, daß sie sich im entscheidenden Moment keinesfalls auf das Parlament, egal in welcher parteipolitischen Zusammensetzung verlassen werden, sondern daß sie nur auf die eigene Stärke zurückgreifen können. Der Widerstand des Großteils der Bevölkerung gegen das KKW ist ungebrochen, und wir werden auch weiterhin gemeinsam wieder Mittel und Wege finden, den Bau des AKW Wyhl zu verhindern, um unseren Nachkommen ein schönes Stück Heimat zu erhalten.

Fünf Jahre lang haben wir mit vielen persönlichen Opfern und starkem Engagement den Baubeginn in Wyhl verhindern können. Es war auch nicht immer leicht, die verschiedenartigsten Gruppierungen unserer Bewegung auf einen Nenner zu bringen.

Wir glauben, daß wir hierzu einen bescheidenen Anteil als Kommunikationsmittel beigetragen haben, denn unsere WWW besteht nun auch schon über fünf Jahre (Es begann bereits in Marckolsheim). Es wäre wirklich schade gewe-

sen, wenn wir jetzt hätten aufhören müssen, aber wir sehen allmählich wieder Land, und auch ich möchte an dieser Stelle unseren Lesern für die Aufmunterungen, die wir erhalten haben, danken.

Trotz der ungünstigen Vorzeichen, nicht zuletzt nur durch den Wahlausgang, gedenkt die Bewegung nicht zu resignieren, und wir als WWW wollen das auch nicht, denn ich glaube, daß wir in der Zukunft wieder eine wichtige Funktion zu erfüllen haben.

Immer mehr Menschen in unserer Region, welche uns vorher gleichgültig, wenn nicht gar ablehnend gegenüber gestanden haben, sind inzwischen zu der Erkenntnis gekommen, daß bereits Fessenheim zuviel ist. Und nach den neuesten Ereignissen, über welche an anderer Stelle ausführlich berichtet wird, verstärkt sich dieser Eindruck in der Öffentlichkeit immer mehr.

Auch für diesen langsam einsetzenden Umdenkungsprozeß glauben wir als WWW wenigstens ein bißchen mit "verantwortlich" zu sein.

Obwohl auch die Landesregierung genau weiß, daß die Bedenken der Bevölkerung gegen das AKW-Projekt immer stärker werden, erklärt Späth immer wieder, daß er die geplanten AKW's auch gegen den Willen der betroffenen Bevölkerung durchzusetzen gedenkt. Das betonte er auch eindeutig kurz nach Bekanntwerden des Wahlergebnisses. Es werden harte Zeiten auf uns zukommen, daran kann sicher auch die grüne Fraktion im Landtag nichts ändern, trotzdem tut es gut zu wissen, daß demnächst im Landtag nicht nur Dr. Schött unser einziger verlässlicher Freund ist.

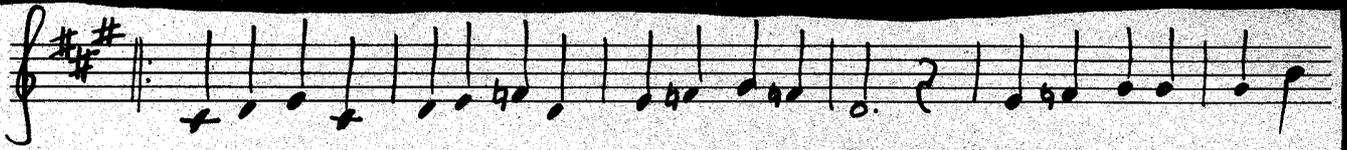
Lothar Stärk



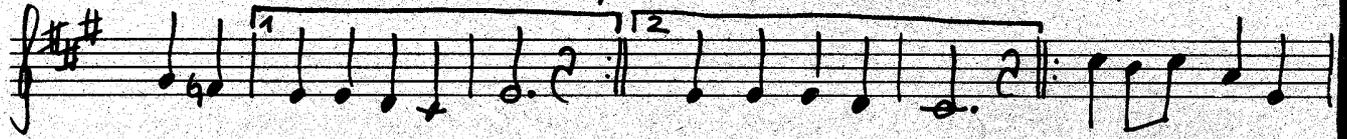
44 Das Ende dieser Geschichte.....

L St.

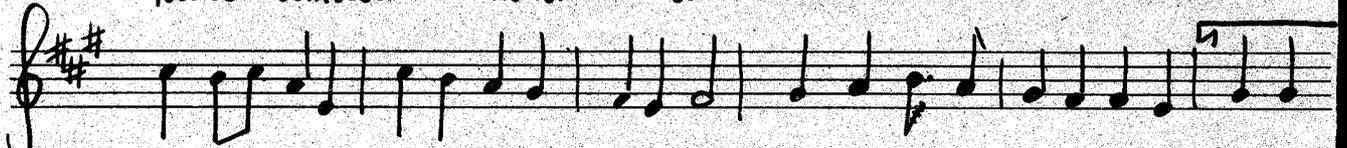
Da Krönungszug lothars, des Erbsohns.



Kam ein Stauber in die Jahre, holte er zum lohn sich die goldne kai ser-



krone seinset in Rom. braucht es löwen-mut. Wo ist die krone?



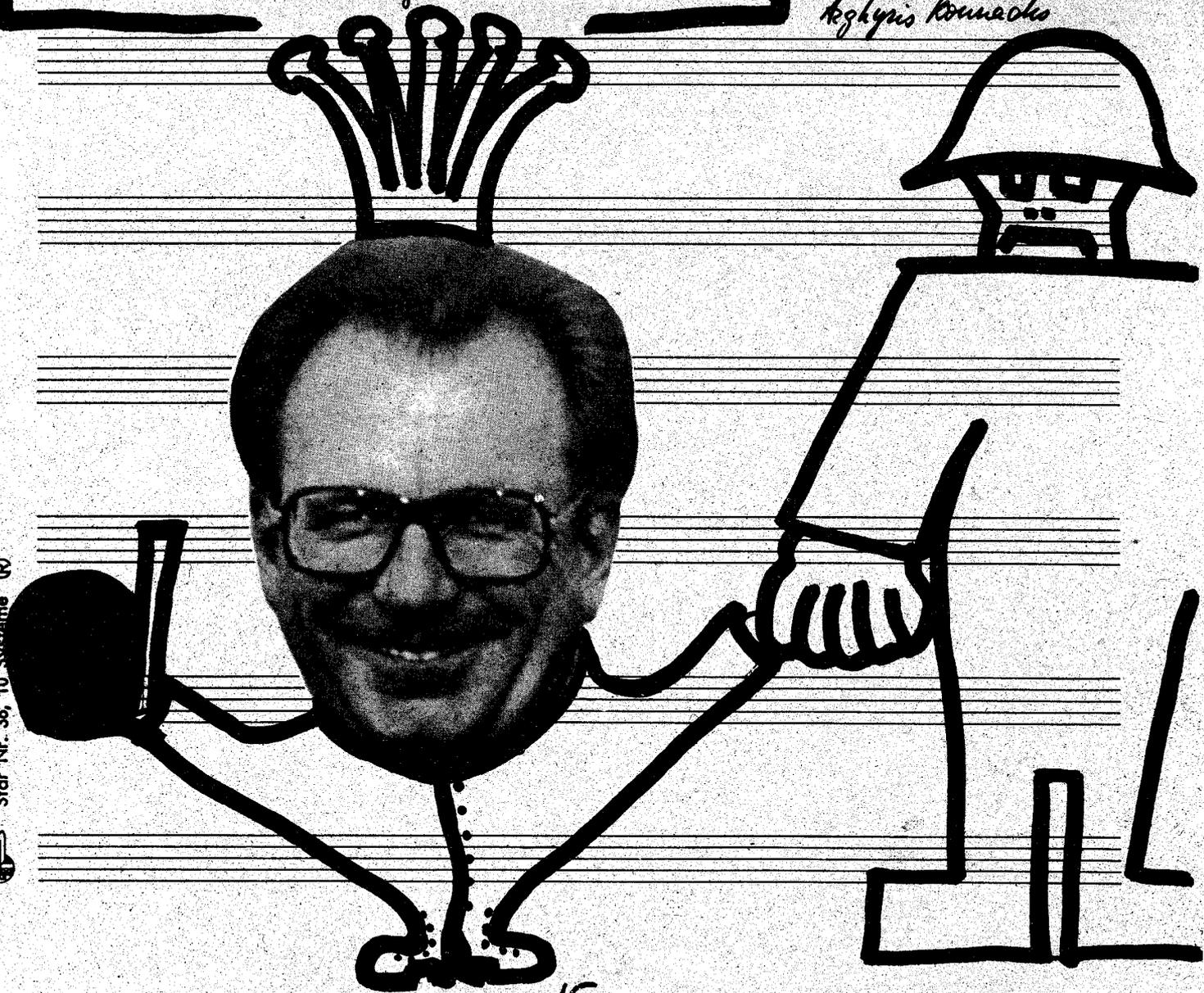
Nicht in Italien nicht im sima-lajaschnee auch nicht in der Wüste jabi nicht im



Mummel-see. liegt im Kaiser-Stuhl.

1.2.80 W.N.
Rebolic:
Agkyris Komachis

Star Nr. 36, 10 Systeme ®



Der Krönungszug Lothars, des Erstbesten

Seit einigen Jahren betreiben wir in unserer Region eine Art ‚Heimatkunde‘, die unsere Regierung ‚extremistisch‘ nennt. Wir behaupten z.B., das Wasser der Flüsse wär nicht nur für die Abwässer der Industrie da, sondern auch für die Menschen zum Trinken; ebenso die Luft nicht nur für Abgase, sondern auch für die Menschen zum Atmen; uns selber betrachten wir auch nicht als Maschinen- und Kanonenfutter, sondern als Menschen, die ihr Leben leben wollen. Das klingt den Oberen natürlich verdächtig. Erst recht unsere Heimatgeschichte: Wir haben in den Dörfern die Aufstände der badischen und elsässischen Bauern von 1525 nachgespielt und diskutiert, kurz darauf die badische Revolution von 1848/49 mit einem Volksfest gefeiert. Straßen in Freiburg, die den großen Schlächtern gewidmet waren, haben wir umbenannt nach einfachen Leuten, die im Kampf für die Freiheit gestorben sind. (Dagegen hatte der Bürgermeister zunächst gar keine Argumente parat). Unser Buchladen heißt ‚Jos Fritz‘, die Druckerei ‚Bundschuh‘, und die freie Radiostation ‚Radio Grünes Fessenheim‘ benutzt Erfahrungen aus dem Widerstand gegen die Nazis.

Der Regierung hat es nicht gefallen, daß sich das Volk an solche Traditionen erinnert; es besteht nämlich die Gefahr, daß aus den Kämpfen der Vergangenheit gelernt wird. Deshalb hat sich die Regierung entschlossen, das Geld, das wir ihr zu Verfügung gestellt haben, für einen pädagogischen Zweck zu verwenden. In der Hauptstadt wurde eine Ausstellung über eine alte und berühmte Regierung veranstaltet, und zwar die Dynastie derer von Hohenstaufen. Die Ausstellung soll sehr prächtig gewesen sein, und die heutige Regierung hat sich im Glanze des historischen Luxus und der Reichtümer gesonnt, die damals dem Volk gestohlen worden waren. So nebenbei sind also einfache Menschen, Bürovorsteher wie Hans Filbinger oder Lothar Späth, zu einem angesehenen Stammbaum gekommen. Ein Nachfahre der Staufer zu sein, will schon etwas heißen.

Ich neide keinem Menschen seinen Stammbaum, und wenn der noch so blutig ist. Im Gegenteil, ich achte die historische Kontinuität und widme also der gegenwärtigen Regierung dieses Kaisers - Geburtstags - Lied:

1
Kam ein Staufer in die Jahre,
holte er zum Lohn
sich die goldne Kaiserkrone
seinerzeit aus Rom;
aber heutzutage die Erben
habens nicht so gut,
will ein Staufer Kaiser werden,
braucht er Löwenmut.

Wo ist die Krone? Nicht in Italien,
nicht im Himalaja - Schnee,
auch nicht in der Wüste Gobi,
nicht im Mummelsee;
nicht in den scharf bewachten Moscheen
von Teheran oder Kabul;
ach, die Krone, das ist schlimmer,
liegt im Kaiserstuhl.

2
Schon dem letzten Staufer - Herzog
ist es nicht geglückt,
ließ in Kiechlingsbergen Haare
und ward böß gezwickt.
Auf den Holzkopf Seiner Gnaden
klopfen unerlaubt
ordinäre Teppichklopfer,
und das hat gestaubt ...

Hopp, Mariann! Was war das ein Tanz!
Sepp, trink aus! ola, ola!
Anstatt Krone gab es Hiebe,
weils ein Volksfest war.
Hopp, Mirabelle! Erzähls du dem Wind;
der trägt fort zu Radio Grün,
und Herr Lothar fragt sich bänglich:
,Was wird mir noch blühn?‘

3
Herzog Filbi ist gestolpert
(Hochhut vor dem Fall),
sein Gewissen hat gestunken
wie ein Schweinestall.
Fragte sich, wer spielt als nächster
wohl den Herrn im Haus?
Nicht der Hahn und nicht der Eber,
sondern die graue Maus.

Ja, unser Lothar war der erstbeste,
den man für die Rolle fand:
sowas hebt den Blick nicht über
seiner Schlüssel Rand.
Aber jetzt muß er, ist ihm auch bänglich,
in das Wyhler Volksgewühl,
muß die Kaiserkrone holen
tief am Kaiserstuhl.

4
Es wird ein Krönungszug gerüstet,
und der Vater Staat
zeigt dem Volk seine Organe,
alles, was er hat.
Vorne her auf leisen Sohlen
schleicht ein Schnüffler - Schwarm;
im Vergleich mit diesen Spitzeln
haben Ratten Charme.

Dann Uniformen, die Knüppel - Gardien,
deutscher Nagel - Stiefel - Tritt,
und die braunen Kameraden
ziehn im Geiste mit.
Was da mit Dummheit und Pistole
in Herrn Lothars Zug marschiert,
wird von unserm Steuer - Gelde
gegens Volk dressiert.

5
Nach den Bürgerkriegern schreitet
dann ein Jungfern - Chor,
und der Erzbischof von Freiburg
betet ihnen vor:
,Gebt dem Kaiser, was des Kaisers!
Bückt euch vor der Macht!
Seht, der TÜV und euer Bischof
geben auf euch acht.‘

Bachchöre schmettern. Blasmusik schmettert.
Fischer - Chöre schmettern mit.
Dann ein Tusch, und aufrüht Heino
mit dem Deutschland - Lied.
,Ja!‘ schreit der Südfunk. ‚Ja!‘ der Südwestfunk.
Und am Arm von Lothars Frau
jubelt ein Verwaltungsrichter:
,Ja!‘ und ‚Hurra!‘ und ‚Helau!‘

6
Als Trophäen läßt Herr Lothar
eintausend und drei
aufgespielte Köpfe tragen
(Peymann ist dabei);
Journalisten schmückt der Maulkorb,
und ein Lehrer führt
nur das Hungertuch als Fahne;
wer hat opponiert.

Hoch auf dem Wagen ein Scheiterhaufen,
drin verbrennt man Bücher, und
kostenlos verteilen Pagen
Axel Springers Schund.
Eduard Zimmermann hat ein schwarzrot-
goldnes Transparent dabei:
,In Hohenasperg und in Stammheim
sind noch Zimmer frei!‘

7
Endlich kommt die Riesenraupe
mit ein‘m Höllenlärm,
Panzerketten an den Füßen,
Beton im Gedärm.
Zwischen Schwarzwald und Vogesen
walzt sie alles platt,
frißt das Land, schießt Autobahnen,
und wird niemals satt.

Ganz oben auf im Führerhäuschen
tut sich Lothar mächtig dick,
spielt an bunten Armaturen
mit leicht irrem Blick:
,Ich bin das Wachstum, ihr seid die Reben!
Badnervolk, du folge mir!‘
dann schwenkt er Katastrophenpläne;
s‘ist aber nur Klopapier.

8
Also zieht anochronistisch
Lothars Prozession
durch das Rheintal auf der Suche
nach der Kaiserkrone.
Und ihr Ziel ist eine Lichtung
tief im Wyhler Wald —
dort stehn neu gepflanzte Bäume,
fünf Jahr sind sie alt.
Hopp Mirabelle! Erzähls du dem Wind!
Radio Grün macht jetzt Non - Stop;
Komm, wir schnitzen grobe Keile,
denn der Klotz ist grob.
Hopp, Mariann! Du kennst die Musik!
Sepp, trink aus, der Tanz fängt an!
Schau, hier wachsen tausend Kräuter
gegen Größenwahn.

19. Mossmann



FREIBURGER FRIEDENSWOCHEN

II. FRIEDENSWOCHEN IN FREIBURG

Warum Friedenswochen?

Friedenswochen werden seit 1966 in Holland und seit 1972 in Deutschland durchgeführt: sie sind ein kritischer Dialog mit der Öffentlichkeit über Fragen der Rüstung, der Abrüstung, der Dritten Welt und der gerechten Verteilung der Güter.

Friedenswochen wollen durch Vorträge, Gespräche und Veranstaltungen, aber auch durch Aktionen aufzeigen, wie bedroht der Weltfriede in heutiger Zeit ist, aber auch, was der Einzelne tun kann, um auf eine friedfertige Zukunft hinzuwirken.

Die Friedenswochen in Freiburg

findet 1980 zum zweiten Mal statt. Sie beginnt am 8. Mai, dem 35. Jahrestag der Beendigung des II. Weltkrieges und der Nazi-Herrschaft.

Die Gruppen, die die Friedenswochen vorbereiten und durchführen, gehen als gemeinsame Grundlage davon aus, daß der Friede nicht bloß im Schweigen der Waffen zwischen den großen Blöcken besteht, sondern vor allem in einer gerechten nationalen und internationalen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Sie wird durch die weitgehende Abwesenheit von struktureller Gewalt, von Hunger, Angst, Unterdrückung, Ausbeutung und Zwängen jeder Art bestimmt sein. Dieser Zustand hat aber nichts Endgültiges, nichts Statisches an sich: Friede ist ein dynamischer Prozeß.

Das Wettrüsten der Supermächte, die Entwicklung lebensbedrohender Technologien und wachsende Spannungen zwischen den Industrienationen und den Ländern der Dritten Welt haben die Menschheit an den Rand einer Katastrophe getrieben. Wir wünschen

- die generelle Abrüstung, auch durch einseitige Vorleistungen;
- die Umstellung der Rüstungsindustrien auf zivile Produktion;
- die Einstellung des Exports von Waffen und Atomtechnologien;
- die Abschaffung jeglicher Gewissens- und Gesinnungsprüfung und die Umwandlung des Zivildienstes in einen Friedensdienst;
- die Entwicklung gewaltfreier Formen der Verteidigung und Konfliktlösung sowie
- eine zurückhaltende Wirtschafts- und Energiepolitik, die den Raubbau an der Umwelt und an Rohstoffen, demokratiefeindliche Konsequenzen und internationale Verteilungskämpfe vermeiden kann.

Dies alles soll gleichzeitig mit einer Demokratisierung der Wirtschaft und Gesellschaft angestrebt werden.

Konkretes Ziel

ist, die Bevölkerung zu sensibilisieren: ihre Ursachen des Unfriedens und Wege zum Frieden aufzuzeigen, ja sie zur eigenen Friedensarbeit zu bewegen. Dies nicht nur durch Vortrag, sondern auch durch Fest und Gottesdienst. Dabei wird jede einzelne Gruppe neben gemeinsamen Veranstaltungen auch ihre eigenen inhaltlichen und programmatischen Vorstellungen zum Ausdruck bringen.

Kontaktadresse: Günter Schroth, Sulzburgerstr. 18, Tel 42010

Spendenkonto: Öffentl. Spark. Frbg. Nr. 2281250

BETRIFFT : FRIEDENSWOCHEN

Wir veröffentlichen oben die Plattform der Freiburger Friedenswochen, auf die sich die gestaltenden Gruppen geeinigt haben. Die Friedenswochen, an der sich übrigens auch die Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen (bzw. die Volkshochschule Whyler Wald) beteiligen, wird vom 8. bis 14. Mai stattfinden. Erstmals ist hier ein Bündnis von antimilitaristischen und radikalen ökologischen Gruppierungen zustande gekommen, mit dem Ziel, die Bevölkerung auf die Gefahren der militärischen wie der zivilen Atomtechnologie mit den verschiedensten Medien aufmerksam zu machen.

"Frauen haben doch überhaupt nichts mit dem Militär zu tun!"

"Das ist ein Irrtum. Lies doch mal im Grundgesetz nach, besonders, was dort über die Einbeziehung von Frauen im Verteidigungsfall gesagt wird."

"Was wird dort gesagt?"

"Artikel 12 a, Absatz 4: Kann im Verteidigungsfall der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achzehnten bis zum vollendeten fünfundsünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall Dienst mit der Waffe leisten."

"Wenn ich das recht verstanden habe, bedeutet das, daß die Frauen im sogenannten Verteidigungsfall zu einem waffenlosen Kriegsdienst zwangsverpflichtet werden - und zwar auf Grund des Grundgesetzes?"

"Ganz richtig."

"Ja, aber es wird auch ausdrücklich gesagt, daß sie keinen Kriegsdienst mit der Waffe, tun dürfen. Worin würde wohl Deiner Meinung nach die Aufgabe der Frauen im Kriegsfall bestehen?"

"Nun, sämtliche Hilfs- und Handlangerdienste, die Du Dir denken kannst: Truppentransporte organisieren, in Waffenfabriken tätig sein, Verwaltungs- und Nachrichtenwesen.... Verletzte und Verwundete pflegen, bis sie wieder kriegstauglich sind...."

"Aber niemand würde sich doch weigern, einem Verletzten zu helfen...."

"Gewiß. Aber schau: Es ist doch ein Unterschied ob ich - freiwillig, aus eigener Entscheidung - einem Verletzten helfe oder ob ich mich zwangsverpflichten lasse, mich in das ganze System des Militarismus integrieren lasse - und dann, als Teil dieses Systems einen Verletzten solange hochpäpple, bis er wieder für militärische Zwecke verwendbar, einplanbar ist."

"Stimmt. Das ist ein Unterschied."

"Schau mal, in einer ähnlichen Lage sind ja auch die Zivildienstleistenden. Die sind rechtlich anerkannte Kriegsdienstverweigerer und können zu keinem Dienst mit der Waffe gezwungen werden. Im Verteidigungsfall jedoch können sie laut & 79 ZDG (Zivildienstgesetz) zu einem unbegrenzten (!) waffenlosen Kriegsdienst herangezogen werden, wo sie ähnliche Verwaltungs-, Nachschub- und Lazarettdienste zu leisten haben wie die

Frauen."

"Tatsächlich? Das widerspricht aber doch dem, daß sie Kriegsdienstverweigerer sind."

"Ja. Ebendeshalb gibt es einige Leute, die jede Zwangsverpflichtung für militärische Zwecke ablehnen und die deshalb nicht nur den Kriegsdienst, sondern auch den Zivildienst verweigern. Man nennt diese Leute Totalverweigerer."

"Was geschieht mit ihnen?"

"Sie kommen für ein halbes Jahr ins Gefängnis oder länger. Einfach, weil sie konsequent an ihrer Entscheidung für die Gewaltlosigkeit festhalten."

"Gibt es eigentlich auch Frauen, die die militärische Zwangsverpflichtung verweigern?"

"Ja, es gibt einige. Meist sind sie auch in der Friedensbewegung aktiv. Sie versuchen, die Ansätze der Friedensbewegung und der Frauenbewegung miteinander zu verbinden."

"Das kann ich gut verstehen. Ich bin auch gegen den Krieg. Aber ganz ehrlich: hältst Du den sogenannten Verteidigungsfall, also den Kriegsfall, für möglich?"

"Du, der ist gar nicht so unwahrscheinlich. Solange noch so weitergerüstet wird wie jetzt, auf beiden Seiten.... Was geschieht denn, wenn uns eines Tages die Rohstoffe ausgehen und wenn die USA ein militärisches Engagement in den Golfstaaten vorschlagen.... oder wenn die Russen nach Afghanistan eines Tages Jugoslawien einkassieren?"

"Du meinst also, daß die Zeit drängt, und daß man schon jetzt etwas gegen Rüstung und Militarismus tun müsse, und daß dabei auch Frauen und Zivildienstleistende ihre spezifische Rolle im Militärapparat erkennen müssen, um evtl. gemeinsam etwas tun zu können?"

"Genau das meine ich. Und ich meine, daß man in Zukunft verstärkt in der Öffentlichkeit auf den Zusammenhang FRAU UND MILITARISMUS aufmerksam machen muß!"

manfred

NACHBEMERKUNG

Wir sind ganz bewußt nicht eingegangen auf die Möglichkeit einer gewaltfreien Landesverteidigung - die sogenannte, SOZIALE VERTEIDIGUNG. Dieses Thema ist jedoch aufgeschoben, nicht aufgehoben. Da es ein Thema von ungeheurer Wichtigkeit ist, lohnt es sich nicht, es bloß anzureißen. Für die nächste WWW ist eigens darüber ein Beitrag mit dem Titel "Soziale Verteidigung und Ökologiebewegung" geplant.

Emanzipation – das gleiche Recht, Henker zu werden?

Frauen in der Schweizer Armee

Bericht aus der schweizer Zeitung **das konzept** März 1990

«Durch jede Frau im Militär wird ein Soldat frei für die Front» heisst auch in der Schweiz ein geflügeltes Patriotenwort. 1957 fand die erste grosse Auseinandersetzung um die Dienstpflicht der Frauen statt. Mitten im Kalten Krieg wollte man den Nachschub des Menschenmaterials sicherstellen. Anfang der siebziger Jahre dann, als den Schweizer Frauen das Stimmrecht geschenkt wurde, zerbrach man sich im EMD – dort machte man gar 60 000 Franken für einen dann allerdings unbrauchbaren Fragebogen zum Thema Frauendienst locker – und beim Bund Schweizerischer Frauenorganisationen (BSF), der Dachorganisation der Frauenverbände, den Kopf, wie die Frauen unter dem Motto «Gleiche Rechte – gleiche Pflichten» für die Armee zu motivieren wären.

«Die Frau ist in allen Gebieten des öffentlichen Lebens integriert, arbeitet aktiv im Staat mit, nur in der Sparte der Gesamtverteidigung steht sie weitgehend abseits. Wären ihr dortiger Einsatz und das Mittragen von Verantwortung nicht die logische Folge einer Evolution?» So umgebogen wird die «Natur der Frau» diesmal nicht von den Militärschäpfen; die Mitschwester vom BSF selbst haben letztes Jahr einen entsprechenden Fragebogen verschickt, in dem sie neu an die alten weiblichen Instinkte appellierten. «Aufgabe der Männer als Soldaten wird die be-

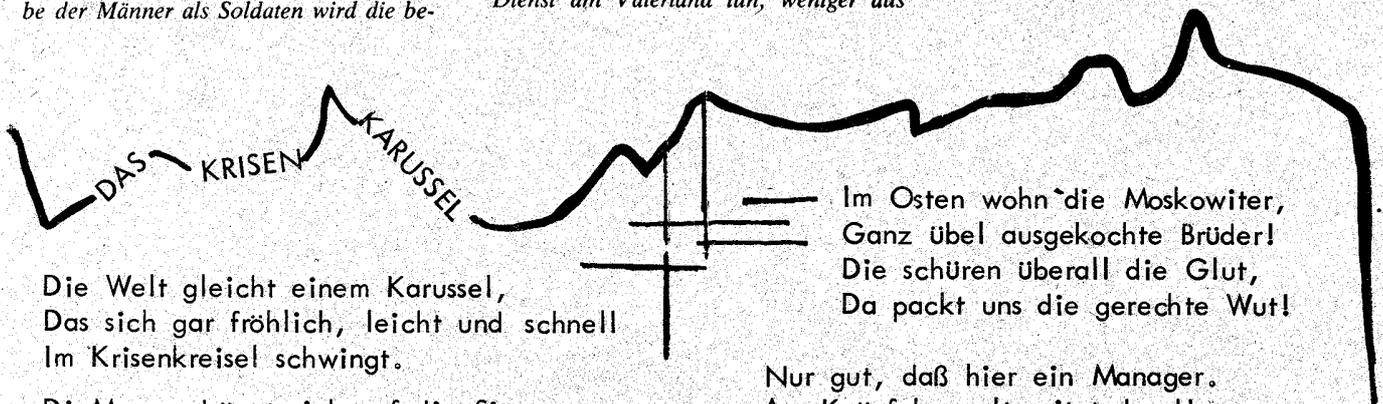


waffnete Abwehr sein, Aufgabe der Frauen der Schutz und die Rettung der Angehörigen, der Nächsten, der Hilfsbedürftigen.»

Die Bemühungen um den Einzug der Frauen in die Armee werden in nächster Zeit kaum abnehmen. Das EMD wird sicher das eine oder andere Modell zur «Einführung der allgemeinen Dienstpflicht der Frauen» aus der Schublade ziehen, um dem militärischen Pillenknick der neunziger Jahre vorzubeugen. Und die Frauen werden vermutlich vermehrt Dienst am Vaterland tun, weniger aus

feministischen Motiven denn aus dem gut schweizerischen Pflichtbewusstsein, aus dem heraus sie hierzulande bis auf den heutigen Tag zu tieferen Löhnen arbeiten, daheim bleiben, sobald ein Kind oder der Konjunkturbruch kommt, und sich im Ehevertrag dem Familienoberhaupt untertan erklären. Als Emanzipationsfeld wäre meiner Meinung nach der eine oder andere der soeben genannten Bereiche der Armee vorzuziehen.

Liselotte Suter



Die Welt gleicht einem Karussell,
Das sich gar fröhlich, leicht und schnell
Im Krisenkreisel schwingt.

Die Menge drängt sich auf die Sitze
Und trotz der immer größten Hitze
Man wohlgenut nach draussen winkt.

Oh Frau, Oh Mann,
Jetzt fängt es an!
Kambodscha und Afghanistan
Der Kongo und dann der Iran
Das läßt sich recht gefährlich an!

Bald ist's Beirut, wo sich was tut,
Bald ist's die Polisario,
Und dauernd die Gewalt am Po.
Der alte Tito sowieso!

Im Osten wohn' die Moskowiter,
Ganz übel ausgekochte Brüder!
Die schüren überall die Glut,
Da packt uns die gerechte Wut!

Nur gut, daß hier ein Manager.
Am Knöpfchenpulte sitzt der Herr.
Der drückt und hebelt mit Vorsicht,
Damit uns nicht ein Leid geschieht.

Wie aber, wenn durch Ungemach,
Z.B. durch 'nen Ehekrach,
Die Nerven werden etwas schwach?
Die sichren Hände lassen nach?

Dann brennt die Sicherung aus!
Dann bricht das ganze Haus!
Pardauz!

- 19 - Die Welt fliegt auf die Schnauz!

Kwara

DER DESERTEUR



Ich halte, Herr Minister,
die Einberufung in der Hand,
soll kämpfen für das Vaterland,
für Eltern und Geschwister.
Sollt' Sie das Formular
mit meinem Brief erreichen,
wird Sie das kaum erweichen,
das ist mir leider klar.
Ich frag nach den Interessen
und spür mein Widerstreben,
will klare Antwort geben
nach reiflichem Ermessen:
Ich will nicht mitmarschieren,
mag's Ihnen auch mißfallen,
die Entscheidung ist gefallen,
ich werde desertieren!

Seit ich geboren bin,
sah ich den Vater sterben,
sah ziehen in's Verderben
die Brüder ohne Sinn!
Die arme Mutter bleich
grämte sich die Seele wund,
verflucht im Grab die Bomben und
das düstre Himmelreich.
Im Traume sah ich gestern
die Augen meiner Schwestern,
sie hingen stumm und kalt
im Rauch von Buchenwald -
Doch jetzt ist nicht die Zeit
zu trauern und zu klagen,
jetzt geht's um Kopf und Kragen,
darum bin ich bereit.

Ich will es morgen wagen
und werd' auf alle Strassen gehn,
vom Saarland bis nach Sachsen hin
und allen Menschen sagen:
Hört auf, da mitzumachen!
Habt Mut, euch zu verweigern
den Kriegs- und Rüstungstreibern!
Beginnt doch aufzuwachen!
Und soll man Blut vergiessen,
Herr Minister, setzt ein Zeichen,
fangt an bei euresgleichen
und laßt das eure fließen!
Und denen, die mich jagen,
sage ich von vornherein,
ich werde ohne Waffen sein,
sie können mich erschlagen!

(eher langsam) C

Ich halte Herr Minister die
Einberufung in der Hand soll kämpfen für das
Vaterland für Eltern und Geschwister Sollt
Sie das Formular mit meinem Brieferei-
chen wird Sie das kaum erweichen das ist mir
leider klar. Ich frag nach den Interessen und
spür mein Widerstreben will klare Antwort
geben nach reiflichem Ermessen Ich
will nicht mitmarschieren mag's Ihnen auch miß-
fallen die Entscheidung ist gefallen: Ich
werde desertieren!

Handstreich

Dieses bekannte Lied von Boris Vian ('Le Deserteur') wurde zuerst von Jerd Semmer ins Deutsche übertragen und auf den Ostermärschen der 60er Jahre gesungen. Mir erschien Semmers Fassung (aus heutiger Sicht) zu weit vom Worttext entfernt, zu wenig den Worten und Empfindungen Vians nachempfunden, was mich zu einer neuen Übertragung den Anstoß gab. "Der Deserteur" hat gerade heute wieder, in der Zeit des Säkularverlustes der westlichen Rechte und des kalten Krieges, eine aktuelle Bedeutung. (U.K.)
 TEXT: Ulrich Kind (nach B. Vian)
 Musik: Boris VIAN Freiburg, (1958) / Februar 1980



Die stärkere Gewichtung des antimilitaristischen Kampfes innerhalb der ökologischen Bewegung wird unseres Erachtens immer notwendiger. AKW's und Atomwaffen bedrohen den Frieden und das Leben. Hiroshima, My Lai, Seveso, Harrisburg - erfährt kein nicht dasselbe Grauen, derselbe Schrecken beim Hören dieser Namen?

Handstreich

e6 Fdim F7+ d7

ATOMMÜLL

Bis Ende 1985 muss die von der Elektrizitätswirtschaft getragene NAGRA den Nachweis erbringen, dass die "dauernde sichere Entsorgung und Endlagerung" radioaktiver Abfälle aus schweizerischen A-Werken machbar ist. Ansonsten - so schreiben die einschlägigen Bestimmungen des revidierten Atomgesetzes vor - wird weder für die geplanten Atommeiler Kaiseraugst, Graben und Verbois eine Inbetriebnahmebewilligung erteilt, noch für die heute laufenden Werke sowie das bis dann voraussichtlich ebenfalls fertiggestellte AKW Leibstadt die Betriebsbewilligung verlängert.

Die Vorschrift ist nicht so rigid, wie sie aussieht.

Zwar ist kaum anzunehmen, dass der NAGRA bis zum Ablauf der gesetzlichen Frist ein Entsorgungsnachweis gelingt, der - was von einem wissenschaftlichen Nachweis eigentlich zu fordern wäre - sämtliche Zweifel an der Lösbarkeit des mit wachsenden Abfallbergen immer schwieriger zu bewältigenden Atommüllproblems ausräumt und den Gelehrtenstreit in dieser Frage beendet. Indessen wird im Konflikt um den Weiterausbau der Atomenergie auch 1985 nicht gewinnen, wer die besseren wissenschaftlichen Argumente, sondern wer die Macht auf seiner Seite hat. Und wie die Machtverhältnisse heute sind, muss die Elektrizitätswirtschaft kaum einen Bewilligungs- bzw. Betriebsstop für Atomkraftwerke auf Ende 1985 befürchten - wie stichhaltig oder dürftig der Entsorgungsnachweis auch immer ausfallen wird.

Für den Fall, dass er nicht einmal den ziemlich gummiartig formulierten gesetzlichen Bestimmungen genügen wird, hat man sich ebenfalls schon abgesichert: Die gegebene Frist kann aus "zureichenden Gründen angemessen verlängert" werden. Zureichende Gründe hat die Elektrizitätswirtschaft - zumindest was die geologischen Aspekte des Entsorgungsnachweises betrifft - heute schon parat. Es sind die AKW-Gegner, die mit ihrem lästigen Widerstand gegen Sondierbohrungen eine Lösung des Atommüllproblems nach Kräften hintertreiben. Leute etwa, die - so EIR-Direktor Prof. Dr. H. Gränicher - gegen jede Vorabklärung Sturm laufen, weil sie "ein Heftchen und zwei Bücher gelesen haben und sich jetzt ein Urteil anmassen" (Weltwoche, 22. 2.78).

Auch die SES ist damit angesprochen. Sie hat die häufig direkt

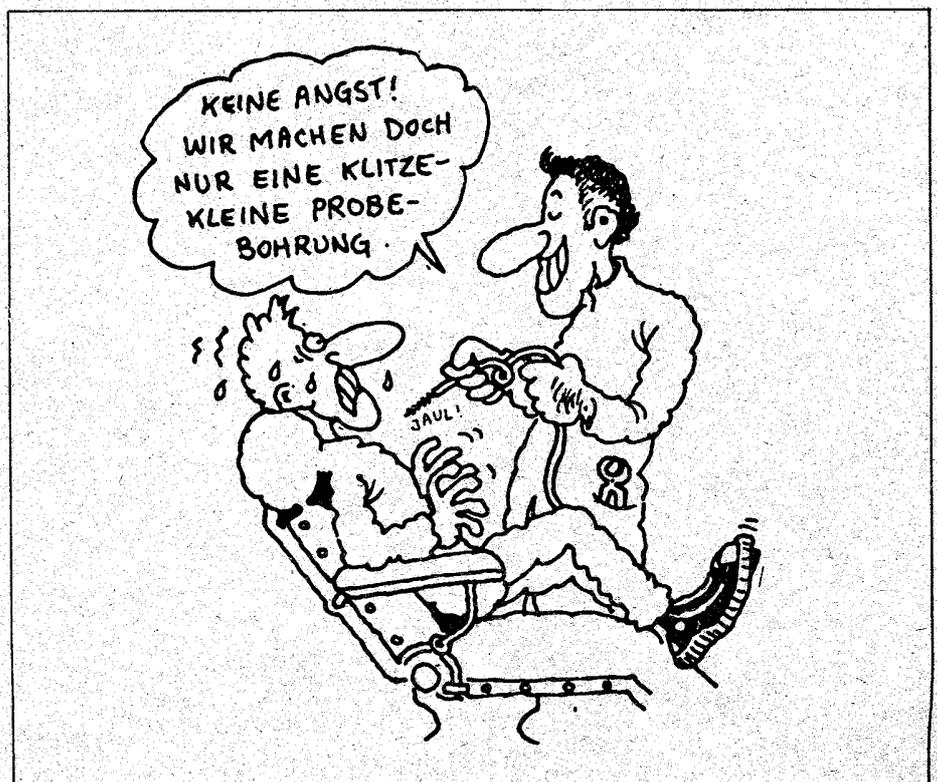


betroffenen Opponenten von Sondierbohrungen bisher in ihrer Haltung bestärkt und tut dies heute noch.

Kann man - nicht zuletzt wegen der ungelösten Atommüllfrage - AKW-Gegner/in sein, auf eine seriöse Lösung der Abfallfrage dringen und sich gleichzeitig Sondierbohrungen der NAGRA widersetzen? Man muss.

Natürlich weiss auch die SES, dass Forschung auf dem Gebiet der Beseitigung radioaktiver Abfälle dringend notwendig ist, dass dazu auch Sondierbohrungen gehören und dass Lagerstätten früher oder später errichtet werden müssen. In diversen Zwischenlagern wartet der bereits produzierte Atommüll heute schon auf eine Endlagerung. Das Problem besteht und damit auch der Zwang zu einer Lösung.

Befriedigend lösen lässt sich das Abfallproblem jedoch nur im Rahmen einer Strategie, die auch dessen Ursachen beseitigt, die einen Weg aus der atomaren Sackgasse weist. Nur wenn sie als Anfang vom Ende - vom Ende des Atomzeitalters - zu verstehen sind, sind Sondierbohrungen Bestandteil einer verantwortungsbewussten Lösung des Atommüllproblems. Dies wäre etwa der Fall, wenn gleichzeitig der Forderung "Kein AKW nach Leibstadt, kein Ersatz der bestehenden Werke nach Ablauf ihrer Betriebszeit" stattgegeben würde. Das Entsorgungskonzept müsste zudem von einer wirtschaftlich und politisch unabhängigen Institution erarbeitet und - in Analogie zu den "Gorleben-Hearings" - von einem



« Die letzten beissen die Hunde »

internationalen Fachgremium kontradiktorisch begutachtet werden.

Von diesen Voraussetzungen für eine verantwortungsbewusste Entsorgungsstrategie ist heute keine erfüllt. Man hinkt mit Konzepten, die kaum gedruckt schon veraltet sind, einem Problem nach, das man gleichzeitig mit jedem neuen AKW gewaltig verschärft. Man handelt in Zeitnot und unter dem selbst verschuldeten Zwang eines ständig wachsenden Müllberges. Man überträgt die Erarbeitung eines Entsorgungskonzeptes der Elektrizitätswirtschaft, die weniger eine einwandfreie Lösung des Atommüllproblems sucht, als grünes Licht für den Weiterbau bzw. Weiterbetrieb von A-Werken will.

Unter diesen Voraussetzungen ist die Gefahr gross, dass man sich mit zweifelhaften Lösungen zufriedentut, dass mit Sondierbohrungen weniger nach stabilen Gesteinsformationen als nach willfährigen Gemeinden gesucht wird. Nicht dort, wo aus wissenschaftlicher Sicht die Verhältnisse am geeignetsten, sondern wo der Widerstand der Bevölkerung am geringsten sein wird, würde dann der radioaktive Dreck verlockt.

Die von Sondierbohrungsgesuchen betroffenen Gemeinden sind deshalb gut beraten, wenn sie die NAGRA vor die Türe weisen... hb.



"Gesucht: Idiotengemeinde für Atommülldeponie". Dieser zynische Aufruf prangte auf einem Transparent, als die Besetzer des AKW-Geländes Kaiseraugst im Frühjahr 1975 auf dem Bundesplatz in Bern demonstrierten. Wie die Entwicklung der letzten Jahre gezeigt hat, trifft der Spruch genau ins Schwarze: Alle Anzeichen sprechen dafür, dass Endlager in der Schweiz - wenn überhaupt - genau dort gebaut werden, wo sich die Bevölkerung am wenigsten wehrt. Denn die technischen und wissenschaftlichen Kriterien lassen sich offenbar besser zurechtbiegen als die politischen Verhältnisse.

Atommüll 1957: «volkswirtschaftlich von grösstem Interesse»

"Ich muss es mir versagen, in bunten Farben vorzumalen, welche technischen Möglichkeiten dem Menschen infolge der Nutzbarmachung (...) der sogenannten Atom-Abfallstoffe noch warten. Die Verwendung (...) der aus Reaktoren anfallenden Atomasche wäre volkswirtschaftlich von grösstem Interesse." Durch diese Worte von Bundespräsident Hans Streuli schloss das Schweizer Volk am 22. November 1957 mit dem Atommüll Bekanntschafft. Kein Wunder, dass die Stimmbürger zwei Tage später mit überwältigendem Mehr den heute noch gültigen Atomartikel in der Bundesverfassung annahmen. Kein Wunder auch, dass sich die Öffentlichkeit danach während mehr als einer Dekade kaum mehr für die Atommüllfrage interessierte.

Erst Anfang der 70er Jahre, als die ersten organisierten AKW-Gegner auf den Plan traten, wurden die Atomindustriellen gezwungen, zur Abfallfrage Stellung zu nehmen. Schon damals wurden verschiedene "Lösungen" angeboten:

- Flüssiglagerung in gekühlten Behältern
- Eingiessen in Beton
- Verglasung
- Versenkung in geologischen Formationen
- oder eine Kombination dieser Massnahmen.

Ein klares Konzept bestand damals sowenig wie heute. Das hinderte die Betreiber von Atomanlagen nicht daran, zu behaupten, das Atommüllproblem sei gelöst. Dahinter steckte der Wunsch, die gefährlichsten, hochaktiven Abfälle dereinst im Ausland zu lagern. Und das hätte die Schweizer Öffentlichkeit wohl kaum mobilisiert.

Atommüll 1975: Rücknahmepflicht

1972 wurde die Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (NAGRA) gegründet. Zunächst konzentrierten sich ihre Arbeiten auf schwach- und mittelaktive Abfälle. 1975 brachte die Wende: Die Betreiber der Wiederaufbereitungsanlage in La Hague (F) verlangten von der Schweiz die Zusicherung, dass sie alle hochaktiven Abfälle, die nach 1979 geliefert würden, auch wieder zurücknehmen könnte. Spätestens von diesem Moment an mussten die ersten fünf "Idiotengemeinden", die für Sondierbohrungen ausgewählt worden waren, damit rechnen, dass ihnen auch hochaktiver Müll vor die Haustüre geschüttet würde.

Der Widerstand in Wabrig, Airolo, Bex (VD), im Berner Oberland (Stübelen) und im Kanton Obwalden (Giswil) verhinderte schliesslich die Weiterverfolgung dieser Projekte, die eines gemeinsam hatten: Die NAGRA hoffte im Untergrund Anhydrit-Formationen zu finden, deren "Eignung als Wirtegestein" in einer "grösseren Zahl von Laboruntersuchungen bestätigt" worden sei, wie Motor-Columbus Vize-Direktor Zünti Mitte Juni 1977 an einer Tagung der Schweizerischen Vereinigung für Atomenergie (SVA) erklärt hatte.

Da sich die Anhydrit-Gemeinden aus politischen Gründen nicht für eine Lagerung eigneten, verlegte sich die NAGRA auf andere geologische Schichten: auf das Kristallin. Die nächsten 24 "Idiotengemeinden", in denen sondiert werden soll, befinden sich alle in der Nordostschweiz, wo das Grundgebirge zwar gedeckt ist, aber in einer Tiefe von 500 bis 2000 Metern angebohrt werden kann. Die

NAGRA hat aber nie klare Kriterien dafür angegeben, wie das Gestein in der Tiefe genau aussehen muss, damit es sich als Lagerstätte für hochaktiven Müll eignet. Damit hält man sich die Möglichkeit offen, je nach Situation das Vorgefundene als "idealen Standort" zu deklarieren und den Teufelsdreck dort zu verscharren, wo der politische Widerstand am schwächsten ist. Die Pflicht zur Rücknahme der hochradioaktiven Abfälle ergibt sich aus einem privaten Abkommen zwischen den AKW-Betreibern und der Wiederaufbereitungsanlage in Frankreich. Dieser private Vertrag brachte die Behörden dazu, von den AKW-Betreibern bis zum 31.12.85 den Nachweis für die Realisierbarkeit der Atommüllagerung an einem konkreten Ort der Schweiz zu verlangen. Der Zeitdruck setzt die NAGRA unter Erfolgszwang. Und ihr Präsident, Rudolf Rometsch, hat am 8. Januar 1980 an einer Pressekonferenz auch unmissverständlich klar gemacht, dass seine Organisation



Endgültige Lagerung

die Lösung des Atommüllproblems bis in fünf Jahren auf Biegen und Brechen vorlegen wird: Falls sich das Gestein (oder die politische Situation, D.W.) an allen 24 Orten, an denen jetzt gebohrt werden soll, als ungeeignet erweise, werde man ohne Gestein auskommen und sich allein mit der technischen Lagerung begnügen.

Abfalleimer für ganz Europa?

Dieses Vorgehen kann aber noch ganz andere Folgen haben, als dass alle unabhängigen Wissenschaftler gegen ein derart gehetztes und schludriges Vorgehen Sturm laufen werden. Wenn die Schweiz für eines der grössten Menschheitsprobleme eine behördlich anerkannte Lösung vorlegen kann, und das schon 1985, dann werden andere Länder Europas von uns auch verlangen, dass wir ihren Müll auch noch nehmen. Das wäre auch ganz vernünftig: Warum soll man mehrere Regionen gefährden, wenn das hochaktive Abfallvolumen gerade so gut an einem einzigen Ort Platz hat? Würden wir uns weigern, den Abfall zu nehmen, dann drohte uns etwa ein Uranlieferstop. Auf diesem Gebiet sind die Regierungen nicht besonders zimperlich. Auch in den Verhandlungen um den Atomsperrvertrag wurde die Schweiz mit solchen Drohungen erpresst.

Fazit: Seit über 35 Jahren wird Atommüll produziert, militärisch und industriell. Aber erst vor 10 Jahren begannen die Behörden, von der Atomindustrie Lösungen des Abfallproblems zu verlangen. Aus der Angst, ohne Lösung die A-Werke nicht weiter betreiben zu können, boten die Propagandisten der Atomlobby - insbesondere die NAGRA und die Schweizerische Informationsstelle für Kernenergie (SIK) - wahllos Scheinlösungen an: Einmal waren es Anhydrit-, einmal Granitformationen, einmal schlugen sie Verglasung und Versenkung vor und dann wieder technische Barrieren ohne geologische Schutzmassnahmen. 1978 kam in der Verzweiflung sogar der Vorschlag, den Atommüll nach Argentinien zu exportieren. Auch der Iran bot sich - natürlich noch unter dem Schah - als "stabiles Land"(!) an.

Solche geschäftlich motivierten Zick-Zack-Fahrten könnten Millionen den Tod bringen. Es ist jetzt an der Zeit, eine langfristig geplante und gesicherte Atommüll-Deponie zu projektieren - aber ohne Sachzwänge und ständig wachsende Müllberge. Das Atommüllproblem kann vernünftig und verantwortbar - wenn überhaupt - erst in einem nachatomaren Zeitalter gelöst werden. Und je schneller das kommt, umso kleiner die Gefahren für uns und die kommenden Generationen.

Daniel Wiener

CHRONOLOGIE

- 1945 Erste Atombombe, erster Atommüll.
- 1957 Atom-Verfassungsartikel 24quinquies genehmigt.
- 1959 Der Bundesrat beauftragt die Kommission zur Ueberwachung der Radioaktivität (KUeR) mit einer Studie zum Atommüllproblem. Diese wird nie abgeliefert.
- 1969 Beznau I in Betrieb. Das Eidg. Amt für Energiewirtschaft bestellt bei der Schweiz. Vereinigung für Atomenergie (SVA) einen Grundsatzbericht über die Probleme der Atomenergie in der Schweiz.
- 1971 Die SVA liefert den Bericht ab. Das Atommüllproblem wird nicht erwähnt.
- 1972 Gründung der NAGRA.
- 1973 Lagerung im Anhydrit steht im Vordergrund. Alle fünf Sondierungsprojekte scheitern am Widerstand der lokalen Bevölkerung.
- 1977
- 1978 "Als einzige realistische Beseitigungsmethode kommt für die Schweiz die Endlagerung in geologischen Formationen in Betracht." (Entsorgungskonzept der Atomindustrie, 9.2.78) Im Vordergrund stehen Granit, Ton, Anhydrit und Steinsalz.
- 1979
- 1980 8. Januar: NAGRA-Präsident Rometsch schliesst die Endlagerung hochaktiven Mülls ohne geologische Barrieren nicht mehr aus. Unter den geologischen Formationen wird nur noch von Granit gesprochen.
9. Januar: Die solothurnische Gemeinde Hägendorf, in der Mitte zwischen den A-Werken Gösgen und Graben (geplant) und am Autobahnhauptkreuz der Schweiz gelegen, wird als erste Gemeinde für Sondierbohrungen der NAGRA bekanntgegeben.

Basel



Kampagne gegen die beiden Basel in Sachen Atomstrom

Daß die Kantone Basel-Land und Basel-Stadt und die Bevölkerung auch anderer Kantone, soweit sie in der Region lebt, gegen den Bau eines AKW in Kaiseraugst eingestellt sind, weiß man. In den beiden Basel ist zudem ein Antiatomgesetz in Kraft, welches die Regierungen verpflichtet, gegen alle bestehenden oder geplanten Anlagen in der Region mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu kämpfen.

Mit der Frühjahrsession ist im Berner Bundeshaus zum Halali gegen die Widerborstigen Basler geblasen worden. Ständerat Hefti und Nationalrat Muff (nomen est omen) eröffneten das Konzert. Uns wird mangelnde Solidarität und St. Florianpolitik vorgeworfen. Daß Hunziker-Aarau, Direktor bei Motor Columbus, miteinstimmt, verwundert uns nicht. Aber auch Wirtschaftsvertreter David Linder, Nationalrat aus Basel, Direktor der Danzas AG, meldet sich in der Basler Zeitung zu Wort, Basel müsse eine "differenziertere Einstellung zur Kernenergie" entwickeln. Kürzlich läutete unsere Regierung den Basler Frühling mit Betrachtungen über die Energieversorgung ein, die darin gipfelten, daß u.U. als wirksamste Sparmaßnahme nur das quartierweise Stromabschalten bliebe. Dasselbe Regierung hat aber min-

destens seit 6. Dez. 1973 den Bericht einer Großratskommission betreffend Beteiligung des Kantons BS an der Gösgen-Däniken AG in Händen, der ein mittelfristiges Konzept für Energieversorgung ohne Atomstrom enthält. Das Volk hat damals konsequent die Beteiligung abgelehnt. Was hat die Regierung mit den eingesparten 40 Millionen Franken gemacht? md

Grüne

Ueber den Wahlerfolg in Baden-Wuerttemberg haben wir Buergerinitiativen uns zusammen mit den Gruenen sehr gefreut. Gewaehlt wurde die Anti-Partei, nicht Personen. Die Gewaehnten, besonders die Landtagsabgeordneten, werden noch manchen Lernprozess durchmachen.

Saarbruecken war keinesfalls chaotisch, knapp an der Spaltung vorbei und was sonst noch von den Kommentatoren hineingelegt wurde.

Meiner Meinung nach zeigte es politische Basisarbeit, kein Vertuschen der Gegensatze, keine Zugestaendnisse an die Richtung, vordergruendig um jeden Preis Waehler zu gewinnen.

Das Programm besteht aus Ideen als Grundlage fuer die politische Auseinandersetzung der oekologischen Bewegung. Ideen sind nicht gleich Taten. Nur wenn viele Menschen von der Richtigkeit dieser Ideen ueberzeugt sind, bestimmen sie das zukuenftige Handeln. Das Programm der Gruenen ist ein Anti-Parteienprogramm, es schockt alle, denen jede Veraenderung zuwider ist, weil sie Angst um ihren Wohlstand haben. Aber es fordert auch To'leranz von denen, die radikal vorgehen wollen. Die Ideen von heute sind die Taten von morgen!

Und die SPD in Baden-Wuerttemberg?

Trotz Eppler blieb sie im alten Gleis. Zugestaendnisse, Halbheiten, Waehler gewinnen, keinem wehtun. Keine neuen Atomkraftwerke, aber Philippsburg (Typ Harrisburg), Moratorium fuer die naechsten vier Jahre, aber "die Option offenhalten". Sie sagen Arbeitsplaetze und meinen, der Industrie nicht wehtun; sie erhoehen die Ruestungsausgaben und nennen das Sicherheit, "Sicherheit fuer Deutschland"! Ihre Taten sind die Ideen von gestern.

Zu den freundeidgenössischen Vorwürfen an die Adresse der beiden Basel in punkto ATOMKRAFT -
DIE IST FABELHAFT.

Fuchs und Ziege

Ein Fuchs war, von Durst geplagt, in einen tiefen Brunnen gefallen, aus dem er mit eigener Kraft nicht mehr aussteigen konnte.

Kam eine Ziege vorbei mit dem Namen Basilea und fragte:

Schmeckt das Wasser?

Heimtückisch heuchelte der Fuchs:

Es ist so gut, daß ich nicht genug davon kriegen kann. Steige herunter und saufe mit!

Die Ziege meckerte:

Eben habe ich am Bach meinen Durst gestillt, scheint mir der Brunnen stinkt. Warum sollte ich daraus trinken?

Aus freudeidge

Aus freundeidegeenössischer Solidarität!, japste der Fuchs.

(frei nach einer Fabel des Römers Phaedrus 1. Jhdt)

md

STROBO

Aus der Rede von
Walter Mossmann in Bonn
am 14.10.1979

... Zur Zeit gibt es schon in vielen Städten Gruppen, die sich weigern, der Atomindustrie weiter das Geld zu geben, mit dem sie die Aufrüstung gegen uns finanziert. Dieser Strompreisboykott trifft die Stromverkäufer selber, und er wird wirksam, wenn die Boykotteure eine kritische Masse erreichen. Wenn sich jeder, der eine 'Atomkraft Nein Danke' Plakette hat, am Boykott beteiligt, werden wir eine kritische Masse. Und warum sollte Verweigerung sich nur in Meinungen und Ideen ausdrücken, warum sollte sie nicht mal materiell werden? Die Atombarone wissen genau, was Geld wert ist, das ihnen in der Kasse fehlt.

Berichte aus Lahr und Offenburg

12 Haushalte in Lahr und 14 in Offenburg begannen den Stromteilzahlungsboykott. Unser Stromlieferant ist das E-Werk Mittelbaden, das nahezu seinen gesamten Strom von der Badenwerk-AG bezieht. Von 486 Mill. KWH stammten 1978 nur 2 Mill. KWH aus Wasserkraften.

Mit Fahrrädern kamen wir zur Direktion des E-Werks in Lahr, um unsere Boykotterklärung persönlich zu überreichen. Wir stellten ein Transparent mit der Aufschrift "Kein AKW mit unserem Gelde" an die Mauer des E-Werks und verteilten Flugblätter an die Passanten. Im Sitzungssaal der Firma bemühte sich der kaufmännische Direktor Dilger sehr, das einstündige Gespräch auf einer sachlichen Ebene zu halten. So begrüßte er uns z.B. mit den Worten: "Sie sind für uns nicht Feinde, sondern Menschen, die ein politisches Anliegen haben, das wir respektieren".

Natürlich vertrat er würdig das E-Werk. Zumindest gegenwärtig käme man nicht ohne AKW aus, da der Stromverbrauch weiter steige. Das Problem der Endlagerung des Energiemülls sei lösbar, wenn man sich nur genügend Zeit nehme. Es sei utopisch, daß der Stromverbrauch in Zukunft gedrosselt werden könne, und übrigens appelliere das E-Werk immer an die Bevölkerung, Strom zu sparen. Zu guter Letzt erklärte er uns, daß sich das E-Werk nicht zu unbedachten Aktionen hinreißen lasse, aber, so Dilger, "Ihr Handeln wird Ihnen Kosten bringen, und Sie werden zahlen". (Was noch zu beweisen wäre !)

Gleich am nächsten Tag stand alles in der Zeitung. Sehr umfangreich und recht objektiv, denn wir hatten beide Lahrer Zeitungen eingeladen, uns bei unserem E-Werk-Besuch zu begleiten.

In Freiburg hatte der Vertreter des E-Werks zu den Strobos gesagt: "Wenn Sie irgendwo ohne Atomstrom leben wollen, dann müssen Sie schon in den Busch gehen. Wir verkaufen Ihnen etwas und wollen, daß Sie uns das bezahlen" !



Wer mehr von uns erfahren will, der schreibe bitte an:

Monika Höfelin
Lotzbeckstr.13
763 Lahr

"Grien Stub"
Ettikostraße
7637 Ettenheim

W G
Gaswerkstraße 24
7600 Offenburg

Das Wichtigste am Stromteilzahlungsboykott ist es, mit anderen darüber zu reden, damit sie verstehen, warum wir die Aktion machen. Ich habe in Offenburg letzte Woche mit einem gesprochen, der von Anfang an zu unserer Bürgerinitiative gehört und vor dem Boykott sehr gewarnt hat. Er sagte: "Wir wollen doch Leute gewinnen; mit dem Strobo aber stoßen wir sie vor den Kopf. Keiner kann verstehen, daß wir sozusagen etwas kaufen und uns weigern, den vollen Preis zu zahlen. Wenn wir Strobo machten mit 10% Konsumverzicht, wäre ich sofort dabei."

Eine Forderung unseres Boykotts heißt: Keine Werbung für vermehrten Energieverbrauch. Wie berechtigt diese Forderung ist, zeigt die in den letzten Wochen von der "Gruppe Hessen im Informationskreis Kernenergie" gestartete Anzeigenserie in den großen hessischen Tageszeitungen: "Hessen braucht alle Energien ... Kernenergie gehört dazu". Hunderttausende von DM aus Steuergeldern und den Strompreisgewinnen gingen in diese faustdicke Reklame für Atomstrom.

Vor 40 Jahren gab es in Deutschland noch 16 000 Selbständige Energieversorgungsunternehmen, heute liefern zehn Verbundgesellschaften 80 % des gesamten Stroms, d.h. es ist unmöglich, sich die Firma auszuwählen, von der man den Strom beziehen will. Auf den Prognosen dieser wenigen Elektromultis basieren die staatlichen Energieprogramme, und auch wir, als Stromverbraucher, sind winzige Rädchen im Getriebe der Atomenergie genau wie die Steuerzahler: 20 Mrd. Steuergelder gingen bereits in die Förderung der Atomtechnologie. Steuerverweigerung scheidet für die meisten an den Schwierigkeiten ihres abhängigen Arbeitsverhältnisses. Durch die Stromgeldverweigerung dagegen können wir Politiker und Richter zwingen, sich mit unserem Widerstand gegen die Atomenergie auseinanderzusetzen.



NACHRICHTEN

SCHWEDEN: Der Kampf geht weiter !

Der Ausgang der Abstimmung in Schweden über ein Ja, Ja aber oder ein Nein zur Kernenergie war für die entschiedenen Gegner der Nutzung der nuklearen Energie von vorn herein verloren.

Das Ziel des Referendums, das noch unter dem Sozialdemokraten Palme beschlossen worden war, war es, die Verantwortung für den umstrittenen Marsch in den Atomstaat abzuschieben. Die Reichstagswahlen wurden dann doch von der Bauernpartei gewonnen, die sich als entschiedene Gegnerin der Atomenergie profilierte.

Daß es zur einfachen Alternative eines Ja oder Nein dann noch zu einer dritten Möglichkeit kam, war das Verdienst der Sozialdemokraten, die sich plötzlich Seite an Seite mit der konservativen Moderaten Sammlungspartei sah, was zu ihrem Selbstbild offenbar so ganz nicht passen wollte. So bildeten sich zwei Befürworter-Fraktionen, deren parteipolitisches Differenzierungsbedürfnis ihre Haltung zur Atomenergie nicht tangierte.

Folgende drei "Alternativen" standen schließlich zur Auswahl:

1. Die Wirtschaft und die Konservativen trafen für die Inbetriebnahme der weiteren sechs Reaktoren ein (sechs sind bereits in Betrieb). Immerhin halten auch sie einen "Verzicht auf Kernkraft für wünschenswert, sobald er möglich ist".
2. Die Linie 2 der Sozialdemokraten und Liberalen fordert zusätzlich die Verstaatlichung des Energiesektors.
3. Die Gegner, vor allem von der Zentrumsparterie und den Kommunisten vertreten, forderten den Abbau aller Reaktoren innerhalb von zehn Jahren.

Schließlich gab es auch noch Schweden die den Politikern die Verantwortung für ihren nuklearen Wahn

"Linie" 4	3,3%
"Linie" 2	39,3%
"Linie" 1	38,5%

nicht abnehmen wollten.

Die Unterlegenen sehen durch den Ausgang des Referendums ihren Kampf nicht verloren; der Kampf soll weitergehen. Kämpfen wird auch der Regierungschef Fälldin müssen, dessen Regierungstuhl nicht mehr ganz so sicher ist, muß er doch als Gegner des Atomstroms für den Marsch in den Atomstaat sorgen.

Bibilis

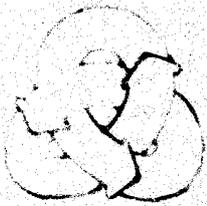
SICHERHEIT PER DEFINITIONEM herrscht für Fred Meyer, Direktor des AKW Biblis in den Atomkraftwerken. Im Hessischen Rundfunk sagte er, der GAU habe "keine schrecklichen Folgen". Der GAU sei ein beherrschbarer Störfall. "Das ist die Definition des GAU". Nun denn...

Diese Aussage machte er übrigens in einer Sendung zum Thema Katastrophenvorsorge um Biblis, die das Ergebnis brachte, daß die Bevölkerung nicht weiß, was sie zu tun hätte. Das selbe gilt für die Fuhrunternehmen, die zur Evakuierung eingesetzt werden müßten. Vier (!) Polizeibeamte, die für die dann notwendigen Verkehrsregulierungen ausgebildet sind, stehen zur Verfügung. 9 Betten für schwerverseuchte Patienten gibt es in den Krankenhäusern. 40 000 Menschen sind aber vom Katastrophenplan für Biblis betroffen.

's Gscheidle

Der bisherige STRASSENBAU ging völlig an den Erfordernissen des Verkehrs vorbei. "Im Gespräch mit der Frankfurter Rundschau versicherte Bundesverkehrsminister Kurt Gscheidle, der, NEUE Grundsatz beim Straßenbau laute: Keine Autobahn, wo eine Bundesstraße genügt, kein sechsstreifiger Ausbau, wenn ein vierstreifiger genügt, keine neue Trasse, wenn der Ausbau der alten ausreicht."





- RECYCLING



Solche Überschriften finden wir täglich in großer Anzahl in den Zeitungen, Zeitschriften, Nachrichten usw. Eine Möglichkeit, mit diesen Problemen besser umzugehen, wäre durch "Recycling" der verbrauchten Stoffe und Abfälle gegeben.

R E C Y C L I N G - dieses Wort beinhaltet den Wortstamm "cycle" (engl.) - Zyklus, übersetzt bedeutet dies "Kreislauf". Denselben Ursprung hat das englische Wort "cycling" = Velofahren. Fahrradfahren ist bekanntlich die energiesparendste Transportmethode; Recycling bedeutet also genaugenommen ein Wiederverwertungskreislauf, in dem möglichst viel Energie eingespart wird. Wenn man "Recycling" im Wörterbuch nachschlägt, findet man folgende Erläuterung: "Maßnahmen, die darauf abzielen, aus Abfällen Stoffe zu gewinnen, die erneut einem Produktionsprozess zugeführt werden können und der Herstellung volkswirtschaftlich nützlicher Güter dienen".

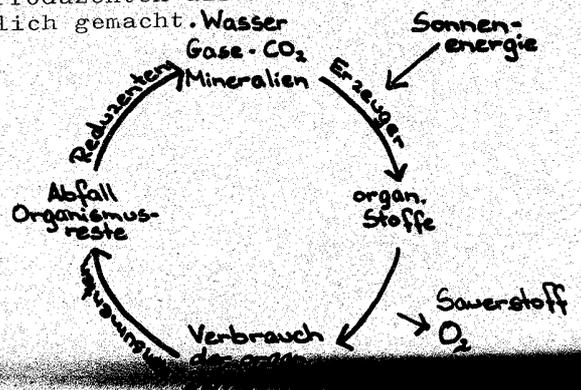
Die in der Natur bestehenden Ökosysteme sind Beispiele für solch einen Kreislauf.

Unter einem Ökosystem versteht man folgendes: die für einen bestimmten Lebensraum charakteristischen Lebewesen bilden zusammen eine Lebensgemeinschaft; betrachtet man diese Lebensgemeinschaft und die auf sie einwirkenden Umweltfaktoren im Zusammenwirken als Einheit, spricht man von einem Ökosystem.

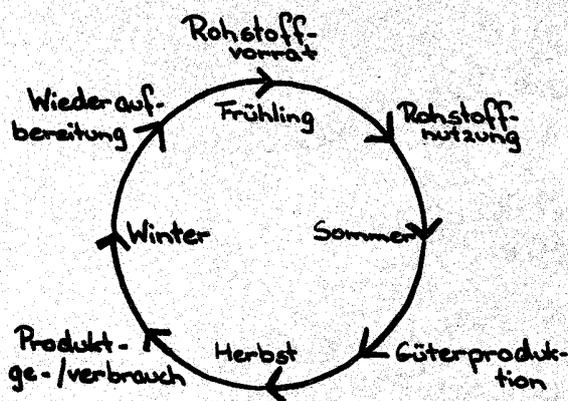
4 wichtige Bestandteile hat ein solches System:

- 1.) unbelebte Umwelt
Wasser, Gase, Mineralien, tote organische Substanzen

- 2.) Erzeuger (Produzenten)
Lebewesen, die aus Teilen der unbelebten (anorgan.) Umwelt belebtes (organ.) Material aufbauen. Pflanzen, die aus Kohlendioxid, Wasser und Mineralstoffen mit Hilfe der Sonnenenergie organ. Stoffe produzieren und Sauerstoff freisetzen. (Nahrungs- und Atmungsgrundlage für Mensch und Tier.)
- 3.) Verbraucher (Konsumenten)
Nutznießer der produzierten organischen Stoffe.
- 4.) Zersetzer (Reduzenten)
Reste von Organismen (z.B. tote Tiere, abgestorbene Pflanzen) werden durch Würmer, Bakterien, Pilze wieder in ihre Grundbestandteile (H_2O , CO_2 , Mineralstoffe) überführt und damit wieder den Produzenten als Nährstoff zugänglich gemacht.

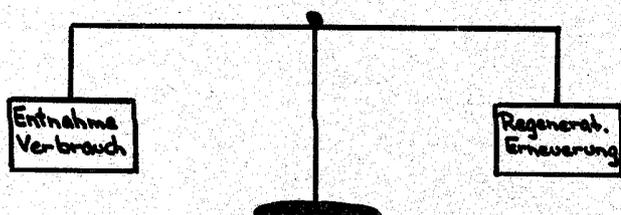


Dieser Kreislauf steht mit den Jahreszeiten in Verbindung. Im Frühjahr wachsen junge Triebe, Knospen und Blüten, im Sommer reifen die Früchte, die dann geerntet werden, im Herbst fallen die Blätter zu Boden und geben die in ihnen vorhandenen Nährstoffe ab, im Winter geht die Natur in eine Ruhephase, um frische Kräfte für das erneute Wachstum zu sammeln.



Das heißt also, daß die anorganischen Grundstoffe in einem ununterbrochenen Prozeß von den Organismen aufgenommen, umgeformt, abgebaut und wieder genutzt werden, in der Natur sind Stoffwechselverluste (Energieverluste) sehr gering. Am verlustärmsten funktioniert dieser Kreislauf in den tropischen Regenwäldern, dort gehen die Abbau- bzw. Umwandlungsvorgänge sehr rasch vor sich. Bei uns treten aus klimatischen Gründen (Winter) Verzögerungen ein, in dieser Phase werden die lebensnotwendigen Stoffe regelrecht gespeichert.

Für die Erhaltung dieses natürlichen Kreislaufs ist entscheidend, daß die von außen einwirkenden Faktoren, wie Nährstoffzufuhr, Wärme (Sonneneinstrahlung) etc. mit einer bestimmten Regelmäßigkeit und Intensität wirken und daß der Energieverbrauch und Stoffentzug im Verhältnis dazu stehen.



Unter einem ökologischen Gleichgewicht versteht man also den Ausgleich zwischen den Stoffen, die der Natur entzogen werden und der Zufuhr gleichwertiger Stoffe, die eine Regeneration, einen Neuaufbau der lebensnotwendigen Stoffe ermöglichen.
Z.B.: durch die landwirtschaftliche Nahrungsmittelerzeugung werden dem Boden Nährstoffe entzogen, die er jedoch in anderer Form - Dünger und Kompost - wieder zurückerhält.

Massive Eingriffe des Menschen störten dieses natürliche Gleichgewicht. Bestimmte anorganische Grund- und Rohstoffe (Mineralien, Metalle, etc.) sind für den Menschen wichtig, in unserer hochtechnisierten Welt sogar lebensnotwendig. Durch gedankenlose Ausbeutung dieser begrenzten Rohstoffe wurde sinnloser Raubbau betrieben - nur unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit, der Massenproduktion und des finanziellen Vorteils gesehen. Heute stehen wir vor den Grenzen der natürlichen Kapazitäten bzw. vor z.T. fast leeren Erzgruben. Vor allem Metalle fielen dem Ausbeutungswahnsinn des Menschen zum Opfer, vom Erdöl ganz zu schweigen.

So errechnete der "Club of Rome" (ein anerkannter Kreis von Wissenschaftlern aus verschiedenen Ländern), folgende Zeiträume bis zur Erschöpfung wichtiger mineralischer Rohstoffe:

Grundstoff	gleichbleibender Verbrauch wie 1970 (Jahre)
Eisen	240
Aluminium	100
Blei	26
Kupfer	36
Zink	23
Zinn	17
Silber	16
Gold	11
Erdöl	31

Da unsere Wirtschaft sich jedoch nicht mit einem "Null-Wachstum" zufriedengibt, und ein gleichbleibender Verbrauch wie 1970 illusorisch ist, wurde noch folgende Tabelle erstellt:

Grundstoff	Wachstumsrate (%)	hochgerechneter Verbrauch
Eisen	1,8	93 Jahre
Alu	6,4	31 "
Blei	2,0	21 "
Kupfer	4,6	21 "
Zink	2,9	18 "
Zinn	1,1	15 "
Silber	2,7	13 "
Gold	4,1	9 "

(nach Meadows, "Grenzen des Wachstums")

Wie aus den verschiedenen Beispielen zu den natürl. Kreisläufen zu ersehen ist, wird in jedem Kreislauf Abfall produziert, der jedoch wieder zu Nährstoffen umgewandelt wird. Sobald jedoch der Mensch an einem Kreislauf teilnimmt, wird der natürl. Vorgang gestört; das wirkt sich u.a. in einer vermehrten, nicht wieder genutzten Abfallmenge aus und gefährdet auch das ökologische Gleichgewicht. Weniger solche Überlegungen, als vielmehr folgende Aspekte führten in den letzten Jahren zu einem modifizierten Denken bzw. Verhalten und zu einem verstärkten Interesse an der Abfallwiederverwertung (Recycling):

- enormes Anwachsen der Abfallberge, Probleme der Müllbeseitigung
- Knappwerden und damit Verteuerung der Rohstoffe

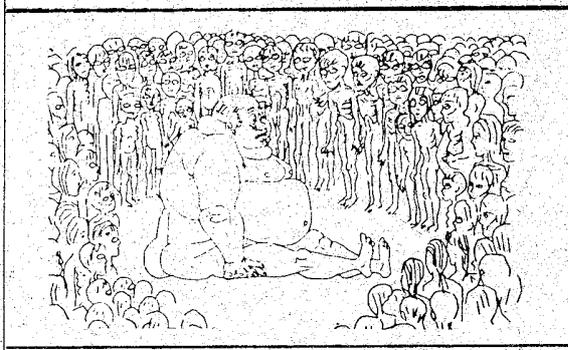
Da die Müllbeseitigung erst Anfang dieses Jahrhunderts organisiert wurde und die Stadtbewohner früher ihren Abfall einfach auf die Straße kippten, entstand 1900 in Berlin-Charlottenburg ein Ortsstatut, nach dem die Bevölkerung verpflichtet wurde, ihre Abfälle in drei verschiedenen Behältern zu sammeln. Asche und Kericht dienten der Terrinaufschüttung, die Nahrungsabfälle wurden als Schweinefutter verwandt, alle anderen Abfälle wurden zu einer Müllverwertungsfabrik gebracht, in der nach manueller Feinsortierung die Abfälle entsprechend weiter gegeben wurden:



Papier und Lumpen zur Papierfabrikation, Teppiche zur Textilherstellung, Metallgegenstände zur Einschmelzung.

19840 lang geht's bis dahin wirklich nicht mehr.

Heute wird das Problem Abfall wieder aktuell, aber unter total veränderten Vorzeichen als damals: die Bevölkerung der Erde wächst pro Tag um ca. 170 000 Menschen und nähert sich den 4 Mrd., die ca. 61,5 Mio. Einwohner der BRD produzierten 240 Mio. Tonnen Abfall (einschließlich Industrie-Zahlen von 1974); davon sind 18 Mio t Haushaltsmüll. Anstatt ihre Technologien so anzuwenden, daß auch den Bewohnern der 3. Welt-Länder



ein Leben ohne Hunger möglich wäre, produzieren die Unternehmen in den Industrieländern nutzlose Dinge im Überfluß, reden den Verbrauchern ein, daß sie diese Dinge brauchen und als letztes bleibt ein riesiger Abfallberg von Produkten, die nur ein bißchen kaputt sind, (aber so, daß die Reparatur nicht lohnt) oder die als Verpackung gedient haben. Auf dem Hintergrund des stetigen Wirtschaftswachstums, der Profitmaximierung, und des kurzfristigen Denkens werden die Produkte auf Verschleiß gefertigt, werden wir angehalten, noch funktionstüchtige Dinge wegzuworfen, um dann etwas zu kaufen, was neu ist und somit natürlich besser, größer, schneller ...

Verknappung der Rohstoffe:

Auf dem Staatsgebiet der BRD befinden sich sehr wenige Rohstoffe, sie ist also in hohem Maß rohstoffimportabhängig. Als drittgrößter industrieller Erzeuger verbraucht sie ca. 10% der Weltförderung an Rohstoffen.

Da nun die Rohstoffe auszugehen drohen, bzw. die Länder der 3. Welt, die Rohstoffe besitzen, sie benutzen, um auch am allgemeinen Wirtschaftsgeschehen teilzunehmen (z.B. Erdöl), steigen die Preise dieser begehrten Güter und die Leute in der Wirtschaft und der Regierung beginnen zu überlegen, wie diese Kosten gering gehalten werden können. (Profit wollen sie ja soviel wie möglich machen)

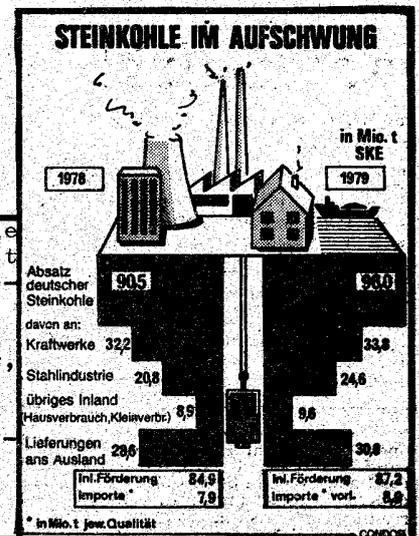
Dipl. Ing. Werner Schenkel, Leiter des Fachbereichs Abfallwirtschaft im Umweltbundesamt, schreibt in dem Buch "Abfallwirtschaft und Recycling" von E. Keller dazu, daß die verfügbaren Rohstoffmengen langfristig ein wachstumsbestimmender Wirtschaftsfaktor sind, die das Produktionspotential einer Volkswirtschaft in Schranken halten, höhere Rohstoffpreise das Kapital für Investitionen begrenzen und die Konsummöglichkeiten sich verringern. Die rohstoffabhängigen Industriezweige müssen sich nun andere Wege einfallen lassen, um zu ihrem Profit zu kommen und sie sind auch schon eifrig dabei. Anhand der drei, von Schenkel genannten Punkte, will ich nur ganz kurz Beispiele anführen:

- ① Erweiterung der Rohstoffbasis für Primär- und Sekundärrohstoffe u. a. werden hier genannt: Erkundung bisher ungenutzter Rohstoffvorkommen, Leistungssteigerung der Bergbau- und Aufbereitungstechnik etc.
- ② Einsparung von Rohstoffen Dies soll durch Ersetzen knapper Roh- und Wertstoffe geschehen, durch Verringerung von Produktionsverlusten, Verbesserung der Stoffausbeute.

Grafik: Beispiel zu ① und ② .

In der Strategie "weg vom Öl" ist Kohle wieder gefragt. Im vergangenen Jahr haben Förderung, Absatz und Verbrauch von Steinkohle deutlich angezogen.

B2 6.2. 1980



Auf das große Geschäft unter dem Schlagwort "Energie sparen" will ich extra eingehen und es hier im Raum stehen lassen.

Die weiteren, unter dem Oberbegriff "Einsparung..." genannten Vorschläge (Erhöhung der Lebensdauer von Produkten, Verbesserung der Reparaturmöglichkeiten, Verringerung des Verschleiß, Mehrfachnutzung von Produkten...) geistern zwar immer wieder als Überschriften durch die Presse, meines Wissens wird da aber noch nichts Konkretes getan.

③ Recycling von Rohstoffen

Laut Schenkel wird die Wiederverwertung von Abfallstoffen nun auch für die Wirtschaft interessant, weil die Kostenspanne zwischen den Rohstoffpreisen und den Kosten für Recycling kleiner wird, d.h. da die Rohstoffpreise hoch sind, lohnt es sich, Abfall wieder-, bzw. weiterzuverarbeiten, und diese Kosten, die höher sind als die Neuproduktion, zu riskieren.

Als Beispiel führt Schenkel Kupfer an: Der Energieverbrauch bei der Rohkupfergewinnung aus Erz ist 13 000 kWh/t; wenn 40 % Kupferschrott verwandt werden, sinkt der Energieverbrauch auf 7500kWh/t **a b e r**: 40% des Kupfers sind in verdünnten Lösungen, Farbstoffen und Abwässern, 25-30% in Legierungen, Schlämmen und Konzentraten enthalten, bei einer Trennung dieser Produkte würde die benötigte Energiezufuhr enorm steigen.

Daß man jedoch nicht so pauschal sagen kann, daß die Kosten für Recycling sehr hoch sind, zeigt folgende Tabelle:

Energieverbrauch für die Verpackung von Flüssigkeiten in Glasflaschen.

Energieverbrauch Anteil an rückgeführten Gläsern	für die Herstellung von 1kg Grünglas (kcal)	für die Verpackung von 1Liter Flüssigkeit in einer 550g-Einweggrünglasflasche (kcal)	für die Verpackung von 1L Flüssigkeit in einer 675g-Mehrwegflasche bei 20 Umläufen (kcal)
0%	3640	2060	300
50%	2880	1610	270
80%	2340	1320	250

In diesen Zahlen sind alle Energieaufwendungen von der Produktion über den Gebrauch bis zur Beseitigung der Glasflaschen enthalten. (Rohstofftransport zur Glashütte, Altglassammlung, Sodafabrikation, Transport zum Abfüllen, Waschen der Mehrwegflaschen und die Abfallbeseitigung.)

entnommen: "Abfallwirtschaft und Recycling" von Egon Keller; S.35, Tab. 2.1h.



Sperrmüll in Treiburg:

- 19.3. : Neuburg - Herdern
- 26.3. : Strüthlingen - Kleinescholz - Klinik
- 2.4. : Littenweiler - Möse - Waldsee - Ebnet - Kappel

... und noch 'ne Tabelle..

Vergleich des Energieverbrauchs bei der Verarbeitung von Primärrohstoffen und Sekundärrohstoffen

Primärrohstoff: neu hergestellter oder dem Boden entnommener Rohstoff
 Sekundärrohstoff: aus gebrauchtem Material gewonnener Rohstoff.

Materialherstellung von Verwendungs von	Papier (Gcal/t)	Kunststoff (DE) (Gcal/t)	Glas (Gcal/t)	Eisen (Gcal/t)	Aluminium (Gcal/t)
Primärrohstoff	1,5-2,5	7	2,8	6	14
Sekundärrohst.	0,17	0,1	0,3	0,6	2

entnommen: s.a., S.36, Tab. 2.1k

Ich glaube, bei dieser Tabelle erübrigt sich jeder Kommentar, die Unterschiede des Energieverbrauchs sind enorm.

Außer den gestiegenen Rohstoffpreisen nennt Schenkel noch weitere Faktoren, die in der Industrie Interesse an Recycling wecken:

- verschärfte Umweltschutzgesetze mit zukünftig kostenintensiven Auflagen (zu untersuchen, wie's damit in der Praxis aussieht, wäre bestimmt auch mal interessant - besonders da man ja fast täglich etwas über unerlaubte Giftmüllablagerung, Luft- und Gewässerverschmutzung hört.)
- verschiedene staatlich finanzierte Anreize für die Wirtschaft, damit in Sachen Abfallverwertung investiert wird (das kann in Form von Investitionshilfen oder eines Beseitigungsentgelts für Abfälle sein).

Ich habe nun versucht, kurz die geschichtlichen und wirtschaftlichen Hintergründe des Recyclings darzustellen. Vor allem bezüglich der wirtschaftlichen Interessen, die dazu beitragen, daß Recycling plötzlich so aktuell wurde, gäbe es noch sehr viel zu schreiben, dies übersteigt allerdings im Moment meine zeitlichen Möglichkeiten.

Da es mir wichtig ist (wie schon im WWW 10/79 erwähnt), nicht nur abgehobene Theorie zu verzapfen, sondern nach Möglichkeiten zu suchen, wie der Einzelne etwas zur Verringerung des Müllbergs und gegen die sinnlose Verschwendung wertvoller Materialien tun kann, möchte ich mich das nächste Mal mit den kommunalen Abfällen und was damit geschieht befassen.

Übrigens: über das Dilemma -

- einerseits - Einsatz für verstärkte Müllverwertung und -wiederverwendung,
- andererseits - Unterstützung der Industrie, die aus diesem Prozeß Profit erwirtschaftet,
- bin ich mir durchaus im Klaren.

Jris

- 9.4. : Wiehre: Bahnhof - Günterstal - Loretkoberg
- 16.4. : St. Georgen - Wendlingen - Unterwiehre - Uffhausen - Opfingen

TERMINE :

- Do, 1.4. 80 20.00 Uhr AK ÖKOLOGISCHE POLITIK mit dem Thema Ökologiebewegung und Friedenspolitik
Fabrik, Habsburgerstr.9 ,Freiburg
- Di, 1.4.80 20.00 Uhr Die BÜRGERINITIATIVE BASEL trifft sich jeden 1. und 2. Dienstag im
Di, 8.4.80 20.00 Uhr Monat zur Vollversammlung
Restaurant Hirscheneck, Chäller, Basel
- Do, 17.4.80 19 Uhr WER KEINEN MUT ZUM TRÄUMEN HAT, HAT KEINE KRAFT ZUM KÄMPFEN
Fr, 18.4.80 21 Uhr Eine Film der Medienwerkstatt Berlin über das alternative Umweltfestival, das im Sommer 1978 veranstaltet wurde. Dort wurde auf praktische Weise alternatives Leben erprobt, indem Dinge wie Häuser oder Sonnenkollektoren aus Abfällen hergestellt wurden.
KOMMUNALES KINO, Gewerbeschule II, Freiburg
- Fr, 18.4.80 20 Uhr FESSENHEIM - Gefahr für unsere Region?
Informationsabend der Bürgerinitiativen über die Fessenheim-Problematik
Referenten: Peter Boock (Bleibach)
Dr. F. Herr (Colmar)
VOLKSHOCHSCHULE WYHLER WALD, Gasthaus Rebstock - Stube, Ebringen
- Do, 24.4.80 20.20 Uhr GESPRÄCHE IM BRÜTER. Das bereits im letzten Terminkalender angekündigte Hörspiel in SWF 2 wurde auf diesen Termin verschoben. Es handelt von einem Unfall, der sich während einer Strahlenschutzübung in einem Kernforschungsinstitut ereignet.
- Do, 24.4. 19 Uhr DÄNISCHE ENERGIE und LE GAZ DES CHAMPS
Fr, 25.4. 21 Uhr Zwei Filme über die Nutzung alternativer Energien. Der erste Film stammt aus Dänemark von Per Maenstaedt und versteht sich als Ergänzung zu dessen Film MEHR ATOMKRAFTWERKE. Es soll aufgezeigt werden, daß konventionelle und erst recht nukleare Energien überflüssig sind. Der zweite Film kommt aus der Schweiz und hat "Biogas", d.h. die Möglichkeit der Energie-(Gas-)Gewinnung aus landwirtschaftlichen Abfällen
KOMMUNALES KINO, Gewerbeschule II, Freiburg
- So, 27.4.80 14 Uhr FÜNF JAHRE VOLKSHOCHSCHULE WYHLER WALD
In diesem Jahr sollen gleichzeitig verschiedene kleine Wanderungen unter sachkundiger Führung am Limberg bei Sasbach stattfinden, wo man in einmaliger Weise Dinge finden kann, die uns interessieren. Folgende Themen sind geplant: Geologie/Erdgeschichte - Botanik und Heilpflanzen - Landschaft, Planung, Umwelt - Sonnenenergienutzung. Abschließend treffen sich die Gruppen auf der Ruine Limburg. Danach wollen wir über die Pontonbrücke ins alte Markholsheimer Freundschaftshaus zu einem gemütlichen Hock.
Treffpunkt: Parkplatz bei der Sasbacher Rheinbrücke - etwa ab 17 Uhr im Freundschaftshaus.
- Sa, 3. 5.80 Großes Treffen von Bauern im Widerstand. In Schwabhausen (franken) werden Bauern aus dem Larzac, aus Wyhl, Gorleben und anderswo Gäste der BUNDSCHUH-Genossenschaft, die im Kampf gegen die Mercedes-Teststrecke steht. Alle Bundschuh-Freunde sollen zu einem fröhlichen Fest zusammenkommen.